



medico international

rundschreiben

02 | 12

www.medico.de



Inhalt

Editorial.....	2
Kommentar.....	4
Somalia	6
Sierra Leone.....	11
Israel/Palästina.....	14
Interview mit Thomas Ostermeier....	17
Projekte – Projektionen.....	20
El Salvador.....	22
Symposium stiftung medico international.....	26
medico aktiv.....	38
medico Materialliste.....	40
Service/Impressum	42

Titelseite: Zündschnüre im Kopf. Eine Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) ist eine psychische Beschädigung, die auf eine traumatische Gewalterfahrung zurückgeht. Im 1. Weltkrieg waren es die „Kriegszitterer“, heutzutage trifft es Soldaten aus den Kriegen im Irak und Afghanistan. Aber PTBS wird auch zur Allheildiagnose bei den zivilen Opfern des „durchökonomisierten“ Alltags. Foto: flickr

Liebe Leserinnen und Leser,

der Journalist und Schriftsteller Paul Ingendaay berichtet seit Jahren für die FAZ aus Spanien. Innerhalb weniger Monate hat sich sein Berichtsgebiet von einem boomenden Land, das sich fast schon in alter imperialer Größe sonnte, zu einem Ort ohne Zukunft verwandelt. In einem Mitte Juni erschienenen Artikel portraitiert Ingendaay die junge Hochschulabsolventin Cristina San Miguel Díaz, und der Absturz bekommt ein Gesicht. Die junge Geographin träumt davon Wetternachrichten zu moderieren. Doch für sie, wie für über 40 Prozent der jungen Leute in Spanien, gibt es keine Arbeitsplätze. Sie verbringe jeden Tag acht Stunden mit der Suche nach Arbeit. Die junge Frau ist weitgereist, studierte ein Jahr in Berlin und verbrachte lange Zeit in Argentinien. Auch sie gehört zu den „Empörten“, die den Protest der Jugend eindrucksvoll formulieren. Aber sie muss überleben. Nun überlegt sie, ihre Heimat zu verlassen; mit einer erstaunlichen und nachvollziehbaren Begründung. Sie gehe ins Ausland, „wo man auf Entbehrungen und Improvisieren eingestellt ist“. Und dann ihr erschütternder Schluss: „wegzugehen heißt, innerlich und äußerlich bei null zu beginnen.“

Migration und ihre psychischen Auswirkungen für die Menschen, die gehen, sind kein fernes Phänomen der arm gehaltenen Länder mehr. Es trifft auch unsere europäischen Nachbarn. Vielleicht wird so für die Bewohner einer der letzten ökonomisch halbwegs abgesicherten Enklave – von den 25.000 entlassenen



Schlecker-Frauen einmal abgesehen – nachvollziehbarer, welche menschlichen Folgen die fortgesetzte Finanz- und Systemkrise hat. Ist nichts weniger als die Aufgabe des Selbst der Preis des Überlebens?

Mit dieser Frage, wie sich nämlich das Subjekt unter den Bedingungen des neo-liberalen Menschenbildes, des homo oeconomicus, verändert, wie es unter ständigen Anpassungsdruck gerät, beschäftigte sich auch das Symposium der *stiftung medico international*. Wir dokumentieren es ausführlich im letzten Teil des Heftes. Aus unserer Sicht haben wir dort ein Zeichen gesetzt, das Verständnis von psychosozialer Arbeit sowie von adäquaten Hilfen für Menschen und ihr psychisches Leiden wieder zu repolitisieren. Statt Methodendebatten wurden auf dem Symposium analytische Fragen gestellt und eine Sprache gesucht, die Empathie, Solidarität und Parteilichkeit für Opfer von Gewalt und für systematisch Ausgegrenzte ermöglicht. Das Beispiel der jungen Spanierin zeigt, das Thema ist uns mittlerweile sehr nahe. Wir konnten es auch an den Anmeldungen ablesen. Das Symposium war so gut be-

sucht, dass wir vielen Interessierten absagen mussten.

Das Subjekt muss Akteur seiner Heilung werden – das ist der politische Gehalt der medico-Arbeit im psychosozialen Bereich. Manchmal äußert sich dieses Subjekt in einem vielfältigen Kollektiv. Zum Beispiel bei Blockupy, den Aktionstagen gegen die Bankenmacht in Frankfurt, die von der Stadt verboten wurden. Auch medico wollte sich daran mit einem Informationszelt beteiligen. Es wurde ebenfalls verboten. Gemeinsam mit Zehntausenden Bürgerinnen und Bürgern, viele aus Frankfurt, haben wir uns gegen diese Verhinderung der Versammlungsfreiheit zur Wehr gesetzt und Pflaster aus der medico-Hausapotheke verteilt mit der Aufschrift: Unser Reichtum ist die Krankheit. Wir hätten auch schreiben können: Aufstand ist die beste Medizin – auch gegen Ohnmachtsgefühle.

So lege ich Ihnen dieses Heft mit besonderer Emphase ans Herz.

Mit freundlichen Grüßen

Wachstum vs. Gerechtigkeit

Gemeingüter als Alternativen zum Krisenmanagement

Von Thomas Gebauer

Große Erwartungen machten im Vorfeld die Runde. Von der Chance für einen Neustart war gar die Rede. Am Ende aber ist es bei Erklärungen geblieben, die nur eines befürchten lassen: Das alles so weitergeht wie bisher.

Die UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung, die Rio+20 Konferenz, die kürzlich in Brasilien zu Ende ging, ist gescheitert. Zumindest aus Sicht derjenigen, für die der Erhalt der Umwelt untrennbar mit sozialer Entwicklung und Gerechtigkeit verbunden ist. Seit 1992, als sich erstmals die Staats- und Regierungschefs der Welt zum Erdgipfel in Rio de Janeiro versammelten, hat sich die Katastrophe verschärft. Wie nie zuvor belasten heute die globalen Produktionsverhältnisse alle sensiblen Bereiche der Umwelt, und auch die Kluft zwischen arm und reich ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Bereits heute fliehen mehr Menschen vor Umweltkatastrophen als vor Kriegen. Diejenigen, die zum Klimawandel am wenigsten beitragen, leiden am meisten unter seinen Folgen. Statt sich solchen Herausforderungen zu stellen und den so dringend benötigten radikalen Umschwung einzuleiten, haben sich die Delegierten der Rio+20 Konferenz nur auf Maßnahmen zur Abpufferung der bestehenden Fehlentwicklung einigen können. Um ja nicht die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse anzutasten, begnügten sie sich mit Beschlüssen, die – so widersinnig es klingt – bestenfalls die Modernisierung der bestehenden zerstörerischen Praxis zulassen.

Den Gewinnern der Katastrophe, die es eben auch gibt, kann das nur recht sein. Nach wie vor sichert der Raubbau an den globalen Ressourcen Profit und Privilegien. Die Beschwörung des einen Bootes, in dem wir angeblich alle sitzen, und das Gerede von globaler Partnerschaft zur Rettung des Planeten verschleiern – wie die meisten anderen Appelle, die heute allenthalben laut werden – nur die strukturellen Ursachen der voranschreitenden Vernichtung von Lebensgrundlagen. Sie liegen in einem Wirtschaftsgeschehen, das systematisch und absichtsvoll auf die Inwertsetzung von Mensch und Natur setzt. Die Abholzung des brasilianischen Regenwaldes, die Patentierung von Wissen, die Wüstenbildung durch Degradierung von Böden: All das ist ebenso wenig ein Betriebsunfall wie die Zerstörung politischer Gemeinwesen im Zuge um sich greifender Verschuldung, wie derzeit in Griechenland.

Das bestehende Wirtschaftssystem nur mit grünen Attributen zu umgeben, reicht nicht. Eine Green Economy, die im Kern ungebrochen auf Wachstum setzt, um irgendwann einmal auch den Armen ein paar Krumen abzugeben, ist weder nachhaltig noch gerecht. Nicht Wachstum müsste heute auf der Agenda eines Erdgipfels stehen, sondern das



Nachdenken über ökonomische Umverteilung und alternative Lebens-, Produktions- und Konsumweisen. Das politische Unvermögen, das den UN-Gipfel scheitern ließ, spiegelt sich übrigens auch im Umgang mit der europäischen

Finanzkrise. Nicht die Rechte der Menschen stehen im Zentrum der Rettungsbemühungen, sondern die Frage, wie selbst dort noch kommerzielle Schuldtitel eingetrieben werden können, wo eigentlich nichts mehr zu holen ist. In dem Maße aber, wie Schuldenbremsen und Fiskalpakt zum verfassungsmäßigen Dogma werden, nimmt die Würde des Menschen Schaden. Statt einen radikalen Schuldenschnitt einzuleiten und den fiskalischen Handlungsrahmen über die Besteuerung von Vermögen und Finanzgeschäften zu erhöhen, werden die Lasten der Krise per Spardiktat denen aufgebürdet, die sie nicht zu verantworten haben. Das war bereits in den 1980 und 1990er Jahren der Fall, als die in die Schuldenfalle getriebenen Länder des Südens mit wirtschaftlichen Strukturierungsprogrammen derart geknebelt wurden, dass sie jeden Widerstand gegen die Öffnung ihrer Märkte und die Privatisierung von öffentlich getragenen Gemeinwesen aufgeben mussten, – und ereignet sich heute im Süden Europas.

Unter solchen Umständen ist nachhaltige Entwicklung nicht möglich. Ein schonender Umgang mit den Ressourcen der Welt verträgt sich nicht mit einer Politik, die ihr Heil allein in einem ungebremsen Wirtschaftswachstum sieht. Diese Erkenntnis haben sich soziale Aktivisten und Bewegungen in aller Welt zu eigen gemacht und arbeiten an Alternativen zum herrschenden Wirtschaftsgeschehen. Dabei geht es um die Idee von Gemeingütern, die so alt sind wie gemeinschaftlich genutzte Flüsse und Wälder und zugleich so aktuell wie das allen zugängliche Internet. Sie drehen sich darum, eine wirtschaftliche Sphäre zu schaffen, die nicht von den Zwängen des Marktes geleitet wird. Ein Krankenhaus beispielsweise, das allein den Versorgungsbedürfnissen der Menschen in seinem Einzugsgebiet verpflichtet ist, kommt sehr gut ohne Wachstum aus. Dagegen müssen Hospitäler, die von betriebswirtschaftlichen Kriterien gesteuert werden (weil sie bereits privatisiert sind oder unter Privatisierungsdruck stehen), letztlich beständig auf Wachstum und Effizienzsteigerung achten – was nur auf Kosten der Patienten und der Belegschaft geht. Vergleichbares gilt für Schulen, Theater, die Versorgung der Menschen mit Trinkwasser, die Bereitstellung von Wohnungen, das Transportwesen, die Kommunikation und viele andere Bereiche des Lebens. Nicht deren Privatisierung schafft nachhaltige Entwicklung sondern nur der Aufbau einer sozialen Infrastruktur, einem Ensemble von Gemeingütern, deren Nutzung anderen als den vom Eigentumsrecht auferlegten Beschränkungen unterliegt.

Solche Gemeingüter sind keine Utopie. Sie existieren, wenn auch meist nur rudimentär und bedroht, überall auf der Welt und noch immer auch im eigenen Land. Sie weiterzuentwickeln und dort, wo sie erst noch geschaffen werden müssen, zu erstreiten, könnte eine Entwicklung in Gang setzen, die sich zu recht nachhaltig und gerecht nennen dürfte. ■



somalia

Zwischen Hölle und Hoffnung

Bis vor kurzem galt Mogadischu, die kriegszerstörte Hauptstadt von Somalia, als gefährlichste Stadt der Welt. Jetzt gibt es erste Anzeichen von Normalität.

Eine Reportage von Michael Obert

Wie ein knochiger Zeigefinger ragt das Gerippe des Turms aus den Kriegstrümmern im Zentrum von Mogadischu. Die Ruine des alten Parlaments – Symbol einer Totenstadt, einer gründlich gescheiterten Nation. Nach über 20 Jahren Bürgerkrieg und erbittertem Häuserkampf erinnert die somalische Hauptstadt, das „Stalingrad Afrikas“, an eine gewaltige archäologische Grabungsstätte. Zweieinhalb Millionen Menschen fristen ein Dasein in Ruinen. Ohne Strom, ohne sauberes Trinkwasser, ohne Müllabfuhr und ausreichende medizinische Versorgung. In einer Stadt, in der man beim Gemüsehändler um die Ecke für ein paar Hundert Dollar eine Panzerfaust kaufen kann und ausgefranste schwarze Flecken die letzten Bombenanschläge markieren.

Seit Rebellen 1991 den Diktator Siad Barre stürzten, gibt es im ostafrikanischen Somalia keine funktionierende Zentralregierung mehr. Nach dem Sieg der Warlords über den verhassten General zerfielen die großen Clans in Dutzende von Subclans. Ihre Milizen zerfleischten sich gegenseitig, trieben das Land immer tiefer ins Chaos und verwandelten Mogadischu, bis dahin eine wohlhabende Handelsstadt am Indischen Ozean, in eine Geröllwüste.

Bis zu eine Million Tote hat dieser Krieg bisher gefordert. Meist Frauen, Kinder und Greise, die nicht schnell genug aus der Schusslinie kamen. Fast zweieinhalb Millionen Somalier wurden aus ihren Häusern vertrieben, beinahe ein Drittel der gesamten Bevölkerung. Eine Million Menschen flohen ins Ausland.

In der Gegend um die Parlamentsruine lieferte sich die afrikanische Friedensmission Amisom – 12.000 bis an die Zähne bewaffnete Soldaten aus Uganda und Bu-

rundi – noch bis vor Kurzem blutige Gefechte mit al-Schabab, einer islamistischen Miliz, die sich offiziell mit dem Terrornetzwerk al-Qaida verbündete und weite Teile Somalias kontrolliert. Jahrelang beherrschte al-Schabab bis auf eine winzige Regierungsenklave ganz Mogadischu. Im vergangenen August verloren die Islamisten einige Viertel und traten einen „taktischen Rückzug“ an den Stadtrand an. Seither operieren sie aus dem Untergrund. Mit Heckenschützen und Bombenterror im Stil von Al-Qaida.

Zwischen den Feuern

Noch immer sterben täglich Menschen in Mogadischu, explodieren Autobomben, krachen Schüsse, sprengen sich Selbstmordattentäter in die Luft. Doch es gibt erste Anzeichen einer Art von Normalität. In leergefegte Todesstreifen kehrt allmählich Leben zurück. Viele wagen sich wieder auf die Straße, räumen Schutt aus Höfen, bauen Häuser auf, eröffnen kleine Geschäfte.

Doch die Frontlinie liegt nur ein paar Kilometer die Hauptstraße hinunter. Am letzten Checkpoint namens X-Control trocken an diesem Vormittag im März Blutlachen auf dem Asphalt. Soldaten legen hier oft die Leichen getöteter Schabab-Kämpfer aus, damit jeder sieht, was Aufständische zu erwarten haben. Endlos ist die Karawane der Flüchtlinge aus den von al-Schabab kontrollierten Gebieten, auf die Amisom vorrückt, um die Islamisten weiter zurückzudrängen.

„Wir fliehen vor den Kämpfen“, sagt Hawa Ibrahim, eine junge Frau mit violetter Gesichtsschleier in einem völlig überladenen Minibus. „Und drüben gibt es nichts zu essen.“ Hawa zeigt zur Frontlinie und

dann auf das Kind in ihrem Arm. Der Zweijährige ist nur noch Haut und Knochen. Erbrochenes klebt auf seiner Brust. Hawa will sich in ein Krankenhaus durchschlagen und hofft, ihren Sohn noch vor dem Hungertod zu retten.

Bis zu 15.000 Menschen strömen aus den umkämpften Gebieten allein auf dieser Straße täglich nach Mogadischu, schätzt der Mann von der National Security, der in dem Chaos mit seinen Leuten nach Waffen, Munition und Sprengstoff sucht. Sie kommen in Bussen, Lastwagen, PKW und Eselkarren, haushoch beladen mit Matratzen, Tischen, Stühlen, Polstersesseln, Kommoden mit Spiegeltüren, Hühner- und Taubenkäfigen; an Leinen trotten Ziegen und Schafe hinterher. Viele hatten keine Zeit zu packen oder ihnen fehlt das Geld für den Transport ihrer Habseligkeiten. Sie fliehen nur mit den Kleidern, die sie am Leib tragen. Durch die Dornensavanne in die ohnehin schon völlig überfüllten Flüchtlingscamps der Ruinenstadt Mogadischu.

Frauen sichern Überleben

Eines dieser Camps heißt Zone K. Um zu Fuß von einem zum anderen Ende zu gelangen, braucht man zwei Stunden. Rund 80.000 Menschen kämpfen hier ums tägliche Überleben. Viele sind 2011 während der schlimmsten Dürren seit 60 Jahren und der damit verbundenen Hungersnot nach Zone K geflohen. Oder sie gehören zu den 50.000 Menschen, die bis vor Kurzem noch Zuflucht in meist zerstörten Regierungsgebäuden in Mogadischu suchten. Bis diese von der somalischen Armee und Polizei geräumt wurden, ohne dass den Flüchtlingen Alternativen angeboten worden wären.



In Zone K sind Malaria, Masern, Durchfallerkrankungen und Unterernährung weit verbreitet. Es fehlt an Latrinen, Wasser, Nahrungsmitteln und Unterkünften. Bis weit hinaus in die Dornensavanne zieht sich das staubige Mosaik der Hütten aus Akaziengestaud und Plastikketzen, ein Gefängnis zwischen Krieg und Hunger. „Nahrung ist noch immer die höchste Priorität für die Flüchtlinge“, sagt die kleine Somalierin mit den leuchtenden Augen in gutem Englisch; sie trägt ein schwarzes Gewand und dunkelgelbes Kopftuch. „Wir wählen Frauen und Kinder aus, die unsere Hilfe besonders dringend brauchen.“

Amina Hajji Elmi gründete 1994, in den tiefsten Wirren des somalischen Bürgerkriegs, gemeinsam mit Frauen aus ver-



heitslage: „Wenn du morgens aus dem Haus gehst, weißt du nie, ob du abends noch mal zurückkehrst.“

In Camps wie Zone K haben sich sogenannte Komitees gebildet, die das Vertrauen der Flüchtlinge genießen. Diese gewählten Vertreter sind die direkten Ansprechpartner für SSWC. „Die Komitees wissen am besten, wer welche Hilfe braucht“, so Amina. „Wir arbeiten nicht nach dem Gießkannenprinzip.“

Für Nahrungsmittel hat SSWC ein Gutschein-System eingeführt, um zu vermeiden, dass Hungernde leer ausgehen, während skrupellose Pro-

schiedenen Clans die somalische NGO *Save Somali Women and Children*. Mit fünf Büros in Somalia und 25 permanenten Mitarbeiterinnen versorgt SSWC derzeit Flüchtlinge in mehreren Camps in Mogadischu mit Nahrungsmitteln und Medikamenten. In speziellen Schulungsprogrammen, unter anderem Kurse in Hauswirtschaft, werden Frauen in die Lage versetzt, für sich und ihre Kinder eine lebenswerte Zukunft zu erarbeiten.

„Haben Sie hier jemanden von der Regierung gesehen?“, fragt Amina, die Leiterin von SSWC. „Oder von der Stadtverwaltung?“ Die NGO kämpft einen einsamen Kampf. Unermüdlich sind Amina und ihre Leute in Mogadischu unterwegs. Die größte Herausforderung sei die Sicher-

fitureure mit gespendetem Mais, Hülsenfrüchten, Speiseöl und Zucker auf den nächsten Markt ziehen, um ihn dort gewinnbringend zu verkaufen. „Es gibt ein ganzes Heer solcher Schein-Flüchtlinge“, sagt Amina. „Sie haben ein gutes Haus und klappern an den Ausgabebüro der Camps ab.“ Der lokale Markt ist überschwemmt von fehlgeleiteten Hilfsgütern.

Korruption überall

Auch Hilfsgelder verschwinden in Somalia, laut Transparency International 2011 das korrupteste Land der Welt. Doch nicht nur staatliche Institutionen bereichern sich im großen Stil, auch lokale NGOs sind tief in Korruption verstrickt. Weil internationale Partnerorganisationen und Ge-

ber sich aufgrund der bedrohlichen Sicherheitslage nicht nach Mogadischu trauen, beruhen die Erfolgsmeldungen der NGOs meist auf deren Selbstdarstellung. Meldet sich tatsächlich einmal ein Kontrolleur aus dem Ausland an, explodiert kurz vor seiner Ankunft nicht selten eine Bombe in der Nähe des Büros – und dann ist es zu unsicher zu kommen und wieder ist ein Budgetjahr verstrichen und die Gelder fließen weiter.

„Frieden in Mogadischu ist ein Albtraum für solche Banditen“, sagt Amina, während sie und ihre Mitarbeiterinnen in Zone K Nahrung und Decken verteilen. Die Flüchtlinge nehmen sie dankbar an. Und das Komitee kontrolliert und führt Buch.

An der Straße, die von Zone K ins kriegszerstörte Stadtzentrum führt, gießt ein Junge mit einer eiternden Narbe über dem Auge ein Bäumchen. „Selbst gepflanzt“, sagt er, während das Wasser aus dem Loch einer Plastiktüte rinnt und von der durstigen Erde Mogadischus aufgesogen wird. „Mein Baum. Auf den passe ich auf. Wenn er groß ist, schlafe ich in seinem Schatten.“ Hoffnung. Auf eine friedliche Zukunft in Mogadischu. ■

Michael Obert



Projektstichwort

medico unterstützt die somalischen NGOs Save Somali Women and Children (SSWC) und Nomadic Assistance for Peace and Development (NAPAD) bei der Nahrungsmittelversorgung von Dürre- und Bürgerkriegsflüchtlingen in Mogadischu und im somalisch-kenianischen Grenzgebiet. Auf beiden Seiten der Grenze ist ein umfassendes Projekt zur Rehabilitation und Verbesserung der Lebensbedingungen geplant. Das Spendenstichwort lautet: **Ostafrika**.



Verdammte ohne Erde

In der Diamantenprovinz Kono machen staatliche Gesundheitspolitik und neokoloniale Ausbeutung krank

Eher selten kommt es vor, dass in Afrika ein Gesetzesvorhaben medial als Beginn einer neuen Ära gefeiert wird und sogar international für Beachtung sorgt. In Sierra Leone geschah dies 2009 – und es ging nicht um neue Handelsabkommen, sondern um eine gesundheitspolitische Maßnahme. Um die extrem hohe Mütter- und Kindersterblichkeit zu senken, hatte die Regierung des westafrikanischen Sierra Leone unter Präsident Ernest Bai Koroma ein Gesetz erlassen, das die kostenfreie Gesundheitsversorgung für Schwangere und stillende Mütter sowie Kinder unter fünf Jahren vorsah. Der Schritt war tatsächlich existenziell, starben doch nirgends auf der Welt so viele gebärende Mütter wie in Sierra Leone: Jede achte Frau überlebte die Geburt ihres Kindes nicht. Mit dem Gesetz, so der stolze Präsident Koroma, „unternimmt Sierra Leone den größten Schritt in seiner Geschichte, dem ein Ende zu bereiten“.

Gesundheit als Propagandainstrument

Drei Jahre später hat sich die Lage nur wenig gebessert. Die Mehrheit der Frauen ist bis heute nicht über ihren Rechtsanspruch auf kostenfreie Gesundheitsversorgung informiert und kaum eine Schwangere findet zur Geburtsvorsorge den Weg zur nächsten Gesundheitsstation oder gar ins Krankenhaus. „Was nützt

es einer Schwangeren, wenn ihr auf dem Papier das Recht auf eine Ultraschalluntersuchung zusteht, das nächste Gerät aber Hunderte Kilometer entfernt ist?“, fragt der medico-Partner Network Movement for Justice and Development in seinem jüngsten Bericht über die Gesund-



„Schütze unsere Ressourcen“ – Regierungspropaganda 2012.

heitsversorgung in dem kleinen Staat an der westafrikanischen Küste. Rein statistisch müssen sich noch immer 20.000 Menschen eine Krankenschwester teilen, in den ländlichen Regionen ist die Quote noch schlechter. Die Aktivisten des Netzwerkes berichten sogar von Gewalttätigkeiten zwischen Gesundheitsarbeitern und Patienten als Ausdruck purer Verzweiflung und Ohnmacht auf beiden Seiten.

Derzeit ist Wahlkampf in „Sweet Salone“, wie die Bevölkerung ihr Land mit ironischem Unterton nennt und erneut wird die Gesundheitspolitik zum umkämpften Terrain. Die Regierung hat die Health for All

Coalition ins Leben gerufen, eine maßgeblich von der Regierung finanzierte Nichtregierungsorganisation – und versucht damit einen Propagandacoup zu lancieren. In einer aktuellen Studie präsentiert diese „NGO“ medizinische Erfolgsmeldungen, die sich bei genauerem Blick in ähnlicher Weise verkleinern wie der Scheinriese Herr Tur Tur aus dem Kinderbuch Jim Knopf: Denn wären die Zahlen wahrhaftig, würde die Bevölkerung in Sierra Leone häufiger einen Arzt aufsuchen als Patienten in Deutschland. Darüber hinaus suggeriert eine eher surreale „Statistik“ eine hohe Zufriedenheit mit der Gesundheitspolitik der Regierung und der kostenfreien Gesundheitsversorgung für schwangere Frauen. Die Probleme des Zugangs zu diesen gesetzlichen Angeboten werden an keiner Stelle erwähnt.

Sklavenförmige Ausbeutungsverhältnisse

Aber die mangelnde Gesundheitspolitik ist nur ein Feld, in dem das Versagen der Regierung tödliche Folgen hat. Mit systematischen Erfolgsmeldungen versucht die Regierung zu kaschieren, dass sich das befriedete Sierra Leone längst in einem neuen Krieg befindet. Nach den traumatischen Gewaltjahren der Milizen ist es diesmal ein sozialer Krieg, den die Regierung gemeinsam mit nationalen und internationalen Unternehmen gegen die eigene Bevölkerung führt und der über 10 Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs in einer ökonomischen, sozialen und ökologischen Katastrophe zu enden droht. Sierra Leone ist eigentlich ein reiches Land, reich an fruchtbaren Böden und Rohstoffen, mit denen sich problemlos die sozialen Bedingungen für Gesundheit, zu de-



nen unter anderem die Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen zählen, erfüllen ließen. Nur hat der Abbau von Diamanten, Rutil, Gold und in Kürze auch Öl allenfalls die Lebensbedingungen von wenigen Menschen verbessert. Die Regierung schließt Verträge, die Unternehmen von jeder sozialen Verantwortung befreien und lässt es zu, dass es bei sklavereiartigen Ausbeutungsverhältnissen zu massiven Umweltschäden, Enteignungen und Vertreibungen kommt. Zudem müssen die Unternehmen kaum Exportsteuern zahlen, was die Staatseinnahmen verkleinert. Die Regierung freut sich über kurzfristige Profite, die Firmen halten kaum einen internationalen Standard ein. Hinzukommt die Veräußerung des Bodens selbst. Ge-



Foto: medico

des, arbeitet das NMJD-Netzwerk unmittelbar mit den von den internationalen Profitinteressen entrechteten lokalen Bevölkerungen zusammen: Speziell ausgebildete Laienjuristen beraten bei Enteignungen oder Vertreibungen, sie bieten eine Rechtsberatung an und versuchen durch Mediationsrunden den zumeist völlig mittellosen Betroffenen einen Weg zur Verteidigung ihrer Rechte zu eröffnen. Aber nicht nur um strittige Landfragen geht es, sondern auch um Unterhaltsverpflichtungen für Frauen mit Kindern und häusliche Gewalt. Darüber hinaus organisieren die Laienjuristen Gemeindeversammlungen, bei denen sie über grundlegende Rechte informieren und deren Durchsetzung diskutieren – wie etwa den Rechtsanspruch auf Gesundheitsversorgung besonders von schwangeren Frauen. ■

Anne Jung

www.medico.de/hoeren

rade Schweizer Multis haben in den letzten Jahren in Sierra Leone riesige Landflächen für den Anbau von Zuckerrohr zur Produktion von Biotreibstoffen gepachtet: Folgen sind die dramatische Verschlechterung der Versorgungslage, die lokalen Nahrungsmittelpreise hängen vom spekulativen Weltmarkt ab und das agroimperiale Land Grabbing der Investoren aus China, Indien, Arabien, aus Europa und den USA zerstört die kleinbäuerliche Produktion.

medico-Partner in lokalen Kämpfen

In der diamantenreichen Provinz Kono, dem früheren „Brotkorb“ des Lan-

Projektstichwort

medico unterstützt das NMJD in der lokalen Arbeit und in dem Bemühen sich in Afrika zu vernetzen. So reisen Aktivisten des medico-Partners in Sierra Leone in Kürze nach Südafrika zur internationalen Versammlung des People's Health Movement, um dort mit südafrikanischen Gewerkschaftern zu beraten, wie die rücksichtslose und krankmachende Schürfpolitik südafrikanischer Diamanten-Konzerne in eben jener Provinz Kono gemeinsam bekämpft werden kann. Das Stichwort lautet: **Sierra Leone.**

Traum und Wirklichkeit

Der Dokumentarfilm „Cinema Jenin“ erzählt die Geschichte eines
Auch die Geschichte eines Scheiterns?



Der Vater eines im Krieg ermordeten Kindes spendet die Organe den Kindern der Gegner. Diese Geste des Friedens und Versöhnungswillens eines Vaters, der sein Kind inmitten des israelisch-palästinensischen Konflikts durch Gewalt verlor, hat der deutsche Dokumentarfilmer Marcus Vetter in „Das Herz von Jenin“ erzählt und aufbewahrt. Es ist eine der anrührendsten und empörendsten Geschichten aus dem nahöstlichen Konflikt. Denn viele der israelischen Eltern, deren Kinder die Organe des toten Jungen erhielten, haben ihr Herz durch diese Geste keineswegs geöffnet und verharteten im Freund-Feind-Denken. Der Vater Ismail Khatib blieb allein. Aber was sagt uns diese Geschichte, wenn man über die große Geste von Khatib hinaus sieht? Vielleicht

auch, dass so der Frieden ein Traum ist, aber nicht Wirklichkeit wird?

Filmemacher Marcus Vetter beharrt auf dem Traum und setzt seine dokumentarische Arbeit in Jenin fort. Angerührt von der Geste des palästinensischen Vaters und vielleicht empört über die schwache empathische Resonanz auf israelischer Seite sah sich Vetter in der Pflicht, den Palästinensern etwas zurückzugeben. Er begann das Projekt Cinema Jenin, den Wiederaufbau eines Kinos, das im Zuge der 1. Intifada geschlossen wurde.

Der Film „Cinema Jenin – die Geschichte eines Traums“ dokumentiert den Wiederaufbau des Kinos. Er ist eine regelrechte Dokusoap. Kameras sind dabei, wenn

Kulturprojekts.



Vetter mit dem palästinensischen Ministerpräsidenten Salam Fayyad um die Herausgabe von Geld verhandelt, sich mit den Kinobesitzern, die nur auf ihren Vorteil bedacht sind und kein Interesse an Kunst haben, verkracht, mit den Honoratioren von Jenin bei palästinensischer Mezze und Wasserpfeife sitzt, um sie für das Kino zu gewinnen und damit das Projekt zu sichern. Zwischendurch sitzen Vetter und der palästinensische Kinomanager Fakhri Hamad im Jeniner Wohnzimmer und prüfen die Belege, die – ein hübsches Detail – unter einem

Aschenbecher gestapelt werden, dessen Deckel zum Herunterdrücken aus einem himmelblauen Plastikauto besteht. Das ist alles von großer Authentizität.

Da gibt es Leute, die an das Projekt glauben und sie setzen dieses mit ungeheurer Einsatzbereitschaft und Learning by Doing um. Das drückt sich auch im Zigarettenkonsum aus. Hier wird geraucht, was die Lunge nicht mehr aushält. Physische Folgewirkungen eines Projekts, das ungleich schwieriger zu realisieren ist, als es sich Vetter und seine palästinensischen Kollegen gedacht hatten. Das zeigt sich insbesondere während der israelischen Angriffe auf Gaza um die Jahreswende 2008/2009. Wieder ist die Kamera dabei, zeigt die entsetzten Reaktionen der Bewohne-

rinnen und Bewohner in Jenin auf die Bilder der Toten aus dem Gaza-Streifen. Ismail Khatib spricht seine ganze Verzweiflung in die Kamera. Er könne das Kinoprojekt nicht mehr unterstützen, weil solche Projekte angesichts der israelischen Gewalt keinen Sinn mehr machten. Das ist eine Schlüsselszene.

Tatkraft der Volontäre

Danach verändert sich die Erzählweise über das Projekt und vielleicht auch das Projekt selbst. Denn nun treten internationale Volontäre auf den Plan, die mit Tatkraft den Wiederaufbau des Kinos durchziehen. Nun wird erst mal ein Guest-House errichtet, um die jungen Europäerinnen und Europäer mitsamt ihren Laptops und ihrem guten Willen und ihrem Spaß beim gemeinsamen Kochen aufzunehmen. Bis auf den alten palästinensischen Filmvorführer und den Projektmanager sind sie, die Jungen aus der Fremde, nun die Akteure des Projekts. Sympathisch, zupackend, um nicht zu sagen: zuverlässig. Ohne ihre Hilfe wäre das Projekt nicht realisiert worden. Im Abspann wird ihnen deswegen gedankt.

Das ist alles spannend zu sehen, aber auch schmerzhaft. Denn unversehens sind es die Fremden, die statt der Palästinenser handeln. Der Wille und der Druck die eingenommenen öffentlichen und privaten Gelder zu verausgaben zwingt dazu, dieses Projekt zu Ende führen zu müssen. Dabei geht es über alle Fragen hinweg, die im Film gestellt werden aber unbeantwortet bleiben. Der ermordete jüdisch-palästinensische Schauspieler und Theatermacher Juliano Mer Khamis hat dafür einige Auftritte im Film. Er fordert von Vetter, dass er sich politisch positionieren müsse, und zwar gegen den „Terror

Israels“. Soziale Projekte könnten, so Mer Khamis, unter diesen Bedingungen nicht durchgeführt werden, ohne zur „Normalisierungspolitik“ beizutragen. Normalisierung versucht in den Augen vieler Palästinenser in Jenin durch ökonomische und soziale Projekte, die Frage nach der palästinensische Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit von der politischen Agenda zu nehmen. Das ist ein Entmüchtigungsprogramm gegen die Palästinenser. Ein bisschen Frieden reicht nicht, sagt Juliano. Der Film gibt keine Antwort darauf.

Teil der Normalisierung?

Zweifellos will sich das Projekt Cinema Jenin nicht an der Normalisierung beteiligen. Aber tut es das nicht trotzdem? Wer den Film sieht, lernt etwas über die Schwierigkeiten ein Projekt durchzuführen, aber begreift wenig über die Situation der Menschen, über den Kontext der Verhältnisse, über die schleichende Veränderung in der palästinensischen Gesellschaft. Es bleibt alles im Nebel des guten Willens verborgen. Manchmal beschleicht einen das Gefühl, dass die Bundesregierung mit ihren Brunnen- und Schulprojekten in Afghanistan oder die Baubrigaden der Nicaragua-Solidaritätsbewegung ähnlich vorgegangen sind wie dieses deutsch-palästinensische Unternehmen: Mit einer klaren Vorstellung, was gut für die einheimische Bevölkerung sein könnte. Und an diese Vorstellung hat sich die konkrete Wirklichkeit anzupassen. Das klappt dann nicht immer. Die alten Besitzer wollen das hübsche neue Kino wiederhaben, um dort mit Vermietung für Hochzeitsgesellschaften Gewinne zu machen. Was bliebe dann

von dem sozialen Unternehmen und dem aufklärerischen Anspruch, den das Projekt ursprünglich hatte?

Das entscheidende Problem schneidet Juliano Mer Khamis an. Er schlägt dem deutschen Filmemacher vor, eine Filmschule zu gründen. Julianos Auftritt ist kurz. Der Filmemacher blickt mit der Kamera dem davonziehenden Juliano hinterher und sagt: „Er hat uns ratlos gelassen.“ Julianos Idee verrät die Unterschiede im Konzept. Das von ihm gegründete Freedom Theatre in Jenin ist ein Ort, an dem junge Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt durch Theaterarbeit lernen, sich mitzuteilen, sich Wirklichkeit anzueignen und zu reflektieren und in eine Sprache der Kunst zu übersetzen. Es ist eine Arbeit, die der Befreiung des Individuums genauso wie der Befreiung der Palästinenser gewidmet ist. Eine Befreiung, die nur sie selbst bewerkstelligen können. Cinema Jenin muss sich daran messen lassen, ob es zu dieser Befreiung einen Beitrag leistet. Zur Emanzipation der Palästinenser ist eine belehrende Haltung wenig hilfreich, selbst wenn sie in Filmrollen des Autorenkinos gewickelt ist. ■

Katja Maurer

Projektstichwort

Am 4. April 2011 wurde der palästinensisch-jüdische Theatermacher Juliano Mer Khamis vor dem Eingang seines Theaters ermordet. Bis heute ist die Tat nicht aufgeklärt. Die israelische Besatzungsarmee nimmt immer wieder in nächtlichen Überraschungssaktionen mit Dutzenden Soldaten Mitarbeiter des Freedom Theatre zur Vernehmung fest, zuletzt den Direktor der Schauspielschule. Auch die palästinensischen Behörden zeichnen sich durch willkürliche Festnahmen aus. Zur Erfassung des Täters tragen diese Aktionen wenig bei, dafür schüren sie die Unsicherheit für das Freedom Theatre. Trotzdem setzt das Freedom Theatre seine Arbeit fort. Sie können es unterstützen mit Ihrer Spende unter dem Stichwort: **Israel - Palästina**.

Experten des Alltags

Ein Gespräch mit dem künstlerischen Intendanten der Berliner Schaubühne, Thomas Ostermeier, über die Arbeit des vor einem Jahr ermordeten jüdisch-palästinensischen Theatermakers Juliano Mer Khamis, über politisches Theater und politische Hilfe

medico: Sie kannten Juliano Mer Khamis gut. Nach der Ermordung von Juliano haben Sie in Interviews immer wieder seine Arbeit erwähnt und das Entsetzen über seinen Tod deutlich gemacht. Warum sind diese Arbeiten so wichtig für Sie?

Thomas Ostermeier: Die Arbeit von Juliano und des *Freedom Theatre* stellen meine eigene Arbeit infrage: Wie hohl und belanglos wirkt Theaterarbeit in Deutschland angesichts der Bedingungen, unter denen die Menschen dort arbeiten. Angefangen bei den Kleinigkeiten des alltäglichen Umgangs bis zu den ernsthaften, ja tödlichen Bedrohungen und Taten, denen das *Freedom Theatre* ausgesetzt ist. Und sie machen nach dem Mord an Juliano weiter. Dieses Weitermachen hat bereits eine Geschichte. In seinem Film „Arnas Kinder“ schilderte Juliano die Theaterarbeit seiner Mutter in Jenin und die Geschichte einiger der von ihr betreuten Kinder. Ein Junge hatte sich Jahre später als Selbstmordattentäter in die Luft gesprengt, drei weitere waren im Widerstand gegen die israelische Armee ums Leben gekommen. Die Wirkung einer grenzüberschreitenden Arbeit, wie der von Arna, tendiert doch damit gegen Null. Trotzdem hatte sich Juliano entschlossen, das Theater-Projekt wieder aufzunehmen.



Als Sohn einer Jüdin und eines Palästinensers hoffte Juliano möglicherweise sich gegen diese fatale Entwicklung stemmen zu können?

Er saß zwischen den Stühlen. Das war eine Position, die ihm Legitimation verlieh. Aber sie hat ihn vielleicht auch das Leben gekostet. Wir wissen leider noch immer nicht, wer ihn ermordet hat. Er hat einmal gesagt, hier hole man ihn nur mit einer Kugel im Kopf raus. Aber war er sich bewusst, wie groß die Gefahr wirklich war? Mich bewegt die Frage, ob es das wert war. Zugleich steht es mir nicht zu, Julianos Handlung zu beurteilen. Juliano hat etwas getan, was in künstlerischen oder akademischen Milieus von großer Gültigkeit ist. Er hat versucht, die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu überwinden. Er hat auf eine große Karriere in Israel, vielleicht sogar auf eine Weltkarriere verzichtet, um mit seinen

Mitteln an der Front des Konfliktes zu arbeiten. Deshalb ist sein Tun über jede Kritik erhaben. Aber war es das wert, dass er sein Leben dafür verliert? Der Verlust von Juliano ist grausam und macht traurig. Das *Freedom Theatre* hingegen ist eine Arbeit, ein Projekt, das einen aufbauen kann.

Wir zweifelten, ob das Theater nach dem Mord weiter existieren kann. Nun setzen andere Julianos Arbeit fort und auch die Schauspieler machen weiter. Ist das nicht ein Zeichen dafür, dass Theater tatsächlich dazu beitragen kann, dass Menschen sich selbst und ihrer Kraft bewusst werden?

Es ist schon eine großartige Leistung dieses Projekts, wie die jungen Leute über sich selbst, die Welt und ihre Situation nachdenken. Es hätte eine soziale Einrichtung sein können oder aber eine Filmschule. Aber das *Freedom Theatre* erhebt für sich den Anspruch, professionelles Theater zu sein. So, wie jeder von ihnen über Theater redet und wie er Theater macht, können sie ihn auch einlösen. Kürzlich trafen die Schauspielschüler aus Jenin hier an der Schaubühne auf deutsche, polnische und französische Schauspielschüler. Bei diesem Treffen haben die Schauspielschüler aus Jenin ihre entwickelte politische Haltung dargelegt. Sie waren so überzeugend in ihrer Ablehnung von Gewalt und in ihrem Glauben an die Kraft des Theaters und von der Kunst als Waffe. Ihre Biographien machen diese Haltung umso beeindruckender. Die anderen Schauspieler haben mit ihnen erst wieder den Sinn von Theater überhaupt verstanden.

Sollte man in Deutschland nicht auch über derart widerständiges Theater nachdenken?

Für das Theater ist es nicht schlecht zu wissen, wofür und wogegen man ist. Ein repressives System führt einem vor Augen, dass es tagtäglich notwendig ist, dagegen zu kämpfen. Beim Theater in Deutschland wissen wir nicht, wofür und wogegen wir sind. Mit der Finanzkrise und mit der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus bekommen wir langsam wieder eine Ahnung davon. Aber der schöne Satz von Marx, das Sein bestimme das Bewusstsein, stimmt noch immer. Unser gesellschaftliches Sein ist doch unvergleichbar mit dem der Jeniner. Glücklicherweise.

Also keine Zukunft für politisches Theater hier?

Ich habe nichts gegen politisches Theater. Wir zeigen gerade Brechts „Guter Mensch von Sezuán“. Die Erkenntnis des Stückes, dass das richtige Leben im falschen nicht funktioniert, kennen wir bereits. Shen Te träumt den Traum des Kleinbürgers, seinen kleinkapitalistischen Betrieb in einer Welt zu betreiben, die von Monopolkapitalismus beherrscht wird. Der Traum zerschellt, es kann so nun mal nicht funktionieren. Das wissen wir aber alle schon.

Heute ist klar, dass die Geschichte doch noch nicht an ihr Ende gekommen ist. Muss sich das Theater, genauso wie wir mit unserem Verständnis als politische Hilfsorganisation, wieder die Frage stellen, ob eine andere Welt möglich ist und wie sie aussehen könnte?





global denkt und verwirklicht. Gelingt das nicht, bricht auch das hierzulande Erreichte weg.

Dann stellt Ihr auch die Frage nach arm und reich und nach Profiten, und wer auf diese verzichten müsste. Das ist doch eine revolutionäre Frage.

Wenn medico revolutionäre Fragen stellt, wie beantworten Sie die nach den Möglichkeiten des politischen Theaters heute?

Wir gehen davon aus, dass Theater in den letzten 20 Jahren nur sich selbst thematisiert hat. Gerade in den fortgeschritteneren Ästhetiken des Theaterbetriebs geht es immer mehr darum: Ich bin hier auf der Bühne, und diese ist die einzige Wirklichkeit, über die ich erzählen kann. Wir möchten jedoch das Theater zu einem Referenzrahmen machen, in dem ich eine Wirklichkeit, die außerhalb liegt, spiegele und versuche, sie modellhaft auf der Bühne nachzubilden. Das wäre der entscheidende Schritt hin zu einem politischen Theater. Dazu bedarf es zweierlei: der Fähigkeit, die komplexe Wirklichkeit da draußen zu durchdringen und des Autors, der Autorin, der/die diese Transferleistung überzeugend nachvollzieht. Und an beidem mangelt es.

Die Schauspieler des *Freedom Theatre* tragen die zu spiegelnde Wirklichkeit von draußen in sich, macht das politisches Theater heute aus?

Ja, genau. Sie sind eine Mischung von Rimini Protokoll und politischem Theater, weil sie Experten des Alltags sind, Experten dessen, wovon sie erzählen. ■

Das Gespräch führten Tsafir Cohen und Katja Maurer

Und wie beantwortet Ihr die Fragen? Glaubt Ihr an eine weltweite Möglichkeit der Veränderung?

Wir versuchen, das Menschenrecht auf Gesundheit global zu denken und dies auch zu konkretisieren.

Das Recht auf Gesundheit unterschreibt doch jeder. Nur wenn es um eine globale Umverteilung von Reichtum geht, wird es interessant.

Wer das Recht auf Gesundheit unterschreibt, der kann das nicht aus purer Propaganda tun. Derjenige muss auch die konkreten Konsequenzen unterstützen. Das heißt, das Recht auf Gesundheit kann nicht ohne Umverteilung von Reichtum verwirklicht werden. Das ist vielleicht unsere Hybris.

Aber das bedeutet auch den wenigen Reichen etwas wegzunehmen. Die werden sich dagegen wehren, wenn nötig mit Gewalt.

Unsere These lautet, dass man auch bestehende Zugänge zu Gesundheit in Deutschland nur verteidigen kann, wenn man das Recht auf Gesundheit

Der Sänger als Präsident

Haiti: Bilanz einer anhaltenden Verstörung

Michel Martelly ist seit einem Jahr Präsident im ärmsten Land der westlichen Hemisphäre. „Das Haiti des Elends, des Egoismus und der Bettelei muss verschwinden und Platz machen für ein vibrierendes, dynamisches und gerechtes Haiti“, hatte der früher populäre Unterhaltungssänger, der im Mai 2011 sein Amt antrat, zu Beginn seiner Regentschaft versprochen. Jetzt hat der medico-Partner RNDDH (Réseau National de Défense des Droits Humains) das erste Jahr seiner Präsidentschaft begutachtet und ein niederschmetterndes Urteil gefällt: Der Wiederaufbau nach dem Erdbeben wird verschleppt, mehr als eine halbe Million Menschen sind weiterhin obdachlos, die Cholera grassiert noch immer. Präsident Martelly, in den so viele junge Haitianer ihre Hoffnungen

gesetzt hatten, entpuppt sich als „Vielversprecher“, der zudem unter Korruptionsvorwürfen steht. Kritische Medien werden eingeschüchtert und die Sicherheitslage, insbesondere in Port-au-Prince, verschlechtert sich weiter; Morde, Vergewaltigungen und Entführungen nehmen zu. Das Versprechen eines garantierten Schulbesuchs aller Kinder bleibt uneingelöst, die in Aussicht gestellten Arbeitsplätze sind eine Chimäre. Mehr und mehr Haitianer wollen entkommen und setzen sich in seeuntauglichen Booten in Richtung USA ab. Der bittere Abgesang des medico-Partners lautet: „Martelly vermittelt den Eindruck, dass er sich nicht im mindesten für das Schicksal der haitianischen Bevölkerung interessiert“. ■

Spendenstichwort: Haiti

Katastrophe und Demokratie

Myanmar: Dokumentation einer Selbsthilfe nach dem Sturm

Der Zyklon Nargis war nicht nur der erste tropische Starkwind der Wirbelsturmsaison im nördlichen Indischen Ozean 2008, sondern gilt bis heute als einer der folgenschwersten tropischen Wirbelstürme in der Geschichte der Wetteraufzeichnungen. In den Tagen zwischen dem 27. April und 3. Mai zerstörten die Winde mit Geschwindigkeiten von bis zu 215 km/h in Myanmar (Birma)

Tausende Häuser und töteten mindestens 80.000 Menschen. Besonders im Irrawaddy-Delta kam es zu sintflutartigen Überschwemmungen, weil das Meerwasser aus der Andamanensee in bis zu 3,5 Meter Höhe in das Flussdelta drückte. Die Militärjunta in Myanmar verweigerte die Annahme humanitärer Hilfe aus dem Ausland. Die betroffene Bevölkerung blieb abgeschottet und nicht wenige

Beobachter meinen, dass diese Aussperung des internationalen Hilfsbusiness, bei gleichzeitiger lokaler Selbstorganisation der Katastrophenopfer, ungewollt am Ende jenen gesellschaftlichen Druck erzeugte, der das Militärregime von innen her zu demokratisieren scheint. Ein beeindruckendes Zeugnis der Selbsthilfe ist der mit medico-Nothilfespenden ermöglichte Film „After The Storm“, den die lokale Yangun Filmschule über die Folgen

des Naturereignisses im Irrawaddy-Delta drehte. Bereits in den allerersten Tagen nach der Katastrophe reisten junge Filmstudenten ins Flutgebiet und filmten mit verdeckter Kamera, wie die Betroffenen mittels Nachbarschaftshilfe und Dorfräten eigene Überlebensstrategien entwickelten. Nach Auszeichnungen auf zahlreichen Festivals in Europa, wird der Film jetzt erstmals in Rangun gezeigt. ■

Spendenstichwort: Nothilfe

Die Kunst des Wartens

Westsahara: Das Wüstenzelt in der Kasseler Karlsau

Die Republik Westsahara ist ein Exilstaat, dessen Minister in der algerischen Wüste sitzen und über „Staatsbürger“ in Flüchtlingslagern regieren, die alle aus der Westsahara vertrieben worden, jenem rohstoffreichen Wüstenstreifen am Atlantik, der von Marokko besetzt und nach allen Regeln des Kolonialismus veräußert wird (Phosphat, Fische). Die sahrauischen Flüchtlinge in den algerischen Wüstenlagern haben von all dem nichts – nur eine Regierung, die ihnen ein wenig Würde und politische Repräsentation verschafft. Beides kann man aber nicht essen und da den USA und der Europäischen Union der marokkanische König als „Stabilitätsanker“ (Westerwelle) gilt, löst die UNO das Westsaharaproblem nicht und lässt stattdessen die EU die Flüchtlinge mit dem Allernötigsten versorgen. Mit Unterstützung von ECHO (Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Union) betreut medico seit diesem Jahr wieder die Medikamentenversorgung in den sahrauischen Flüchtlingslagern nahe Tindouf, Algerien. Die in der Wüste harrenden Flüchtlinge



Westsahara: Die Exilrepublik in der Wüste.

ergreifen auch ungewöhnliche Maßnahmen, um das absurd-existenzialistische Moment ihres eigenen Wartens in eine produktive Mitteilung zu verwandeln: Etwa, wenn auf der soeben eröffneten documenta 13 in Kassel auf einmal ein traditionelles Wüstenzelt steht. Frauen aus der Westsahara kochen hier Couscous, klären über ihre fatale Lebenssituation auf und sind so Teil eines vielstimmigen „kollektiven Gemurmels“ der diesjährigen Weltkunstschau, die Kuratorin Carolyn Christov-Bakargiev bewusst als „nicht kommerziellen Ort“ bezeichnet und bekennt: „It may or may not be art.“ ■

Spendenstichwort: Westsahara



el salvador

Ein Zeichen der Deeskalation

Erfolgreiche Verhandlungen mit den Jugendbanden verringern die Maßgeblich beteiligt der Vorsitzende des medico-Projektpartners

Manchmal sind unorthodoxe Lösungen die besten. Das Problem der Jugendbanden in El Salvador, Guatemala und Honduras wurde für unlösbar gehalten. Innenminister und Präsidenten überboten einander mit Androhungen einer „Politik der harten Hand“. Jeder Jugendliche, der sich durch Körper tätowierungen als Mitglied einer „Mara“ zu erkennen gab, wurde von der Polizei angehalten, festgenommen und manchmal gleich umgebracht. Die von den Banden ausgehende Gewalt konnte dadurch nicht vermindert werden.

Die Banden entstanden, als nach den Friedensabkommen in El Salvador (1992) und Guatemala (1996) Tausende Zentral-

amerikaner aus den USA abgeschoben wurden. Viele Jugendliche hatten sich dort nach dem Vorbild der einheimischen Banden zusammengeschlossen. Die Bande bot Schutz und ersetzte oft die kaputte Familie. In ihren Heimatländern hatten die entwurzelten Jugendlichen weder Aussicht auf einen Job, noch sozialen Anschluss. Den fanden sie wieder nur in der Bande, die durch Schutzgelderpressung und Drogenhandel auch für ein Einkommen sorgte.

Umso überraschender war es, als am 9. März 2012 die beiden größten Jugendbanden El Salvadors, die Pandilla Salvatrucha und die Mara 18, ein Abkommen schlossen, in dem sie darauf verzichteten,

Mitglieder der Mara 18 im Gefängnis Izalco. Die Street-Gang kommt aus der „18. Straße“ in Los Angeles, USA. Abgeschobene Jugendliche machten die Mara 18 zur zweitgrößten Straßenbande in El Salvador.

23

Gewalt beträchtlich.

PODES



Foto: Reuters

Gebietsstreitigkeiten blutig auszutragen, und sich verpflichten, keine Sicherheitskräfte und Behördenvertreter mehr zu attackieren. Als einziges sichtbares Zugeständnis wurden 30 Bandenchefs vom Hochsicherheitsgefängnis in Zacatecoluca in Haftanstalten mit weniger rigurosem Vollzug verlegt. Seither ist die Todesrate durch Gewalteinwirkung von durchschnittlich 14 auf 5,2 pro Tag gesunken. Vermittelt wurde das Abkommen von Raúl Mijango und Militärbischof Fabio Colindres. Mijango, ehemaliger Guerillakommandant und mehrere Jahre als Abgeordneter für die FMLN im Parlament, ist Projektpartner von medico international. Er steht der Prothesenwerkstatt PODES in San Salvador vor. Die letzten Jahre

hatte er sich als Händler von Butangaszylindern in der Privatwirtschaft verdingt. Dabei war er in den städtischen Randbezirken auch mit Bandenmitgliedern in Kontakt gekommen.

Am 3. Mai folgte eine weitere spektakuläre Erklärung. Die beiden Banden erklärten sämtliche öffentliche und private Schulen zu Friedenszonen. Das heißt, dass dort keine Drogen angeboten und Mitglieder angeworben werden. Auch auf Zwangsrekrutierungen wollen die Banden verzichten. Inzwischen sind auch die anfangs skeptischen Innenminister der Nachbarstaaten Honduras und Guatemala aufmerksam geworden und haben sich von ihrem Kollegen über die erstaunlichen Erfolge berichten lassen. Ein Indiz, dass auch die Bevölkerung den Prozess mehrheitlich unterstützt, ist eine Umfrage von Mitte Mai 2012, in der Innenminister

David Munguía Payés, der das Abkommen mitträgt, von allen Kabinettsmitgliedern am besten abschneidet. ■

Nachfolgend ein Interview mit Raúl Mijango, das Ralf Leonhard im April 2012 führte:

Herr Mijango, Sie haben das Abkommen der beiden Jugendbanden Salvatrucha und Mara 18 vermittelt. Glauben Sie, dass es eine Perspektive hat?

Raúl Mijango: Ich halte es für irreversibel, weil alle gewinnen. Es hat dem Land in den ersten knapp 6 Wochen 342 Tote erspart. Das Besondere ist, dass es sich



medico-Partner PODES: Prothetische Versorgung für verletzte Streetgang-Mitglieder im Gefängnis.

Konsultationsprozess gegeben.

Aber die Banden treffen sich ja jetzt schwerlich nur mehr zu Kaffeekränzchen.

Die Schutzgelderpressungen und der Drogenhandel gehen vorerst weiter. Aber wir haben erreicht, dass die Banden erkennen, dass sie nicht nur Teil des Problems sind, sondern auch Teil der Lösung sein können. Auch die etwa 10.000 Gefangenen haben ein Kommuniké herausgegeben, in dem sie den Prozess unterstützen, obwohl ihnen weder Amnestie noch Strafnachlass in Aussicht gestellt wurden.

Vor nicht allzu langer Zeit hieß es, das Problem der Jugendbanden sei politisch unlösbar.

Das war ein Irrtum. Die Bandenchefs sind sehr gebildet, sie lesen viel. Die meisten sind zweisprachig und kennen die Gesetze.

Foto: Reuters

nicht um einen Verhandlungsprozess zwischen Regierung und Banden handelt, sondern um ein Abkommen zwischen den Banden.

Halten sich alle Bandenmitglieder daran?

Die Basis respektiert sehr diszipliniert die Entscheidungen ihrer Chefs. Es gilt ein strenger Ehrenkodex, in dem Wortbruch verpönt ist. Natürlich hat es vorher einen

Und wie kann ihnen die Regierung entgegenkommen?

Es geht nicht nur um ein kriminelles Phänomen, sondern um dessen soziale und wirtschaftliche Ursachen. Es geht um Ausgeschlossene, die keine Arbeit finden. Wenn sie Jobangebote hätten, würden sie diese annehmen. Eine Politik der harten Hand löst nur mehr Gewalt aus. Präsident Mauricio Funes will daher die Gesellschaft aufrufen, den Prozess zu

unterstützen. Ich denke da an Programme, wie sie nach dem bewaffneten Konflikt den ehemaligen Guerilleros und Soldaten angeboten wurden. Wir brauchen Stipendien und Kleinunternehmen. Die Gefängnisse müssen in Produktionszonen umgewandelt werden, wo die Häftlinge Geld verdienen können und nicht ihren Familien auf der Tasche liegen.

Jugendliche, die nichts gelernt haben, gewinnen mit einer Waffe Prestige. Welches Interesse können die haben, jetzt Bäcker oder Kellner zu werden?

Aus einem guten Grund haben sie Interesse: Erstens ist ihre Lebenserwartung in der Bande fast null. Dann stimmt es auch nicht, dass sie mit illegalen Aktivitäten viel Geld verdienen. Das meiste müssen sie für Anwälte ausgeben oder für die Bestechung von Richtern. Im Grunde bleiben sie arm. Ich habe ein Konzept vorgeschlagen, das sich komunitäre Sicherheit nennt. Die Jugendlichen sollen in den eigenen Bezirken für die Sicherheit sorgen: für Geld. Heute sorgen sie für Unsicherheit.

Spielt auch die Polizei mit und nimmt nicht mehr routinemäßig alle jungen Männer mit Tätowierung fest?

Das ist ein Problem. Die Polizei und vor allem einige ihrer Kommandanten nutzen die Situation und veranstalten große Razzien. Das schadet uns, weil die Geste guten Willens mit Repression beantwortet wird.

Die Zivilgesellschaft ist teils sehr skeptisch.

Das stimmt. Es gibt immer wieder Sabotageversuche: vor zehn Tagen hatte ich ein großes Problem mit dem Transportgewerbe, weil ein Journalist mir in den Mund legte, ich hätte den Antrag der Banden befürwortet, dass die Subvention für den öffentlichen Verkehr für sie umgewidmet werden soll. Das ist natürlich frei erfunden. Aber die Transportunternehmer sind über uns hergefallen.

Dann wurde wieder behauptet, dass ich Drogen in die Gefängnisse einschleuse.

In den Nachbarländern, die mit ähnlichen Problemen kämpfen, ist man auf euren Prozeß aufmerksam geworden?

Ja. Was mich noch mehr freut, ist die Unterstützung in den USA unter der salvadorianischen Gemeinde. Der Vizebürgermeister von Los Angeles, wo ja die Jugendbanden ihren Ausgang genommen haben, will etwas für uns tun. Auch aus Kanada sind ermutigende Signale gekommen. Gestern habe ich den Botschafter der EU getroffen, heute esse ich mit dem US-Botschafter. Alle sind sehr interessiert. ■

Text und Interview: Ralf Leonhard

Projektstichwort

Die Prothesen-Werkstatt von PODES in El Salvador gehört zu den Inseln der Vernunft, auf denen es gelungen ist, genossenschaftliche Produktion, Arbeitsplätze und Qualifizierungsmöglichkeiten für schwer kriegsbeschädigte Veteranen und Gesundheitszugang für die Ausgeschlossenen miteinander zu verbinden. Mit medico-Spenden wird der Sozialfonds finanziert, der anfangs den Kriegsveteranen zur Verfügung stand, nun von Migrantinnen und Migranten genutzt wird, die auf ihrer gefährlichen Reise in den Norden verletzt wurden. Und jetzt werden auch Mitglieder der Jugendbanden im Gefängnis den Sozialfonds nutzen, um Prothesen zu erhalten. Das Spendenstichwort dafür lautet: **El Salvador.**

AUF SICH SELBST ZURÜCKGEWORFEN

Die stiftung medico international beschäftigte sich mit den psychischen Folgen eines ökonomisierten Menschenbildes.

Als die Berliner Psychologin und langjährige medico-Mitarbeiterin Karin Mlodoch im Abschlusspanel des Stiftungssymposiums von den Überlebensstrategien der kurdischen Anfal-Witwen und ihrer Selbstbehauptung berichtete, machte sie mit ihrem Vortrag deutlich, worum es auf dieser Konferenz ging. Darum nämlich, eine Haltung und eine Sprache zu entwickeln, die Solidarität, Empathie und Parteilichkeit für die Gewaltopfer, Ausgegrenzten und Marginali-

sieren in den Mittelpunkt der eigenen Arbeit stellt. Das Ringen darum, um Verstehen und Analyse, statt um die richtige Methode – schon das widerspricht den Normen, Diskursen, Standardisierungsverfahren, die heute im Kontext psychosozialer Arbeit in Deutschland und weltweit en vogue sind.

Die Konferenz lieferte eine scharfe Analyse dieses neoliberalen Angriffs auf die Psyche. Sie bestätigte den Verdacht,

Das Unbehagen in der Globali

Die neoliberale Variante der Eigenverantwortung individualisier

Von Thomas Gebauer

Der Titel unseres Symposiums „Das Unbehagen in der Globalisierung“ nimmt Bezug auf Sigmund Freuds kulturkritische Schrift „Das Unbehagen in der Kultur“, die er 1930 verfasste. Kurz und prägnant stellte Freud darin fest, dass wir uns in unserer Kultur nicht wohlfühlen, weil Kultur immer auch mit Einschränkungen einhergeht: mit Triebversagen, der Unterdrückung von Sexualität und Aggression, mit Zwang. Der Mensch der Moderne, so Freud, müsse ein Stück seiner individuellen Glücksmöglichkeiten aufgeben, um ein Stück gesellschaftliche Sicherheit zu gewinnen. Freud betrachtete

den Konflikt zwischen den Triebwünschen des Einzelnen und den Werten, die soziale Gemeinwesen für ihre Fortexistenz brauchen, als grundlegend für den Zivilisationsprozess. Das Unbehagen sei struktureller Bestandteil von Kultur – etwas, das das soziale Leben unvermeidbar begleite und deshalb unauflösbar sei.

Die Verhältnisse haben sich seit den Zeiten Freuds verändert. Das Maß an gesellschaftlich auferlegtem Triebverzicht ist geringer geworden. Nicht wenige Verhaltensweisen, die früher als Ausdruck eigenütziger Triebe, als Luxus und Aufsässige

dass mit der offiziellen Anerkennung des Traumas als gegebenem Phänomen, seine politische Seite in Abrede gestellt wird. Das schließt an die Debatten an, die medico – mit der Publikation „Schnelle Eingreiftruppe Seele“ und seiner Kritik der Universalisierung des Posttraumatischen Stresssymptoms (PTSD) und der damit einhergehenden Pathologisierung und Individualisierung von politischen und sozialen Gewaltverhältnissen – bereits in den 1990er Jahren begann. Viele Befürchtungen, die die kritische Psychologie gegen die Entpolitisierung des Traumaverständnisses eingewandt hat, sind mittlerweile eingetroffen. Doch das Symposium machte deutlich, dass in vielen Beratungsstellen, Institutionen, Hilfseinrichtungen ein anderes Wissen, eine an-

dere Haltung und andere Praxen vorhanden sind – die in den letzten Jahren allerdings unter enormen Druck geraten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Frankfurt, viele von ihnen Fachleute, nutzten deshalb den Raum des Stiftungssymposiums, um sich Sprach- und Handlungsspielräume wieder zu erarbeiten. Es ist Zeit, die Trauma-Arbeit zu repolitisieren. Darin herrschte große Einigkeit.

Die hier in Auszügen veröffentlichten Redebeiträge können alle auf der medico-Internetseite vollständig angehört oder nachgelesen werden. Zu finden sind sie unter:



www.medico.de/symposium

sierung

t das Scheitern.



keit unterdrückt wurden, gelten heute als normal. Wenn wir uns in der heutigen Kultur nicht mehr wohlfühlen, dann nicht aufgrund eines Übermaßes an Ordnung, sondern eher wegen des Gegenteils. Mit der Individualisierung und dem Verlust an sozialer Sicherheit ist das Pendel sozusagen in die andere Richtung ausgeschlagen, freilich ohne dass individuelles Glück und Freiheit für alle zugenommen hätten. Denn was sich unterdessen entwickelt hat, ist weniger individuelle Freiheit, als die voranschreitende Unterwerfung aller, auch der privaten Bereiche des Lebens, unter eine von Marktwirtschaft und Ver-

symposium stiftung medico international 2012

waltung vorgegebene Zweckrationalität. Jürgen Habermas hat diese Entwicklung völlig treffend als „Kolonisierung der Lebenswelt“ beschrieben. Statt

Glücksmöglichkeiten zurück gewonnen zu haben, hat der Mensch erfahren müssen, wie auch noch Familie, Bildung und Politik unter die Vorgaben des Marktes subsumiert wurden. Diese „Kolonisierung der Lebenswelt“ ist Ursache für das wachsende Unbehagen in den heutigen Gesellschaften.

Wie dieser Prozess vorangeschritten ist, zeigt sich in der Ökonomisierung der menschlichen Existenz, besser: in deren „Verbetriebswirtschaftlichung“. Das heute allseits propagierte Ideal eines flexiblen „unternehmerischen Selbst“ verlangt, mög-

Die Globalisierung einer Krankheit

Von Usche Merk

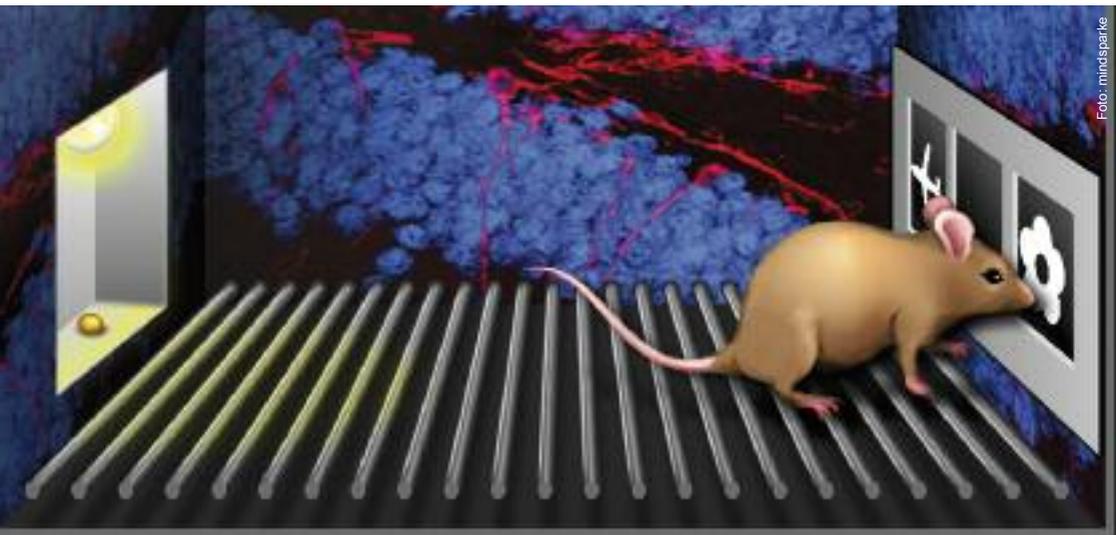
lichst „gut aufgestellt“ zu sein. Man hält sich fit, um jederzeit ein Maximum an Leistung abrufen zu können, und pflegt Kontakte, in die man strategisch investiert, weil sie im gesellschaftlichen Wettbewerb nützlich sein könnten. Auf diese Weise gerät das Leben zu einer einzigen Verrechnung von In- und Output, wobei der eigentliche Effekt – nämlich möglichst synchron zu den Wirtschaftsabläufen zu funktionieren – kaum noch bewusst wird.

Die neoliberale Variante von Eigenverantwortung ist allerdings zutiefst fremdbestimmt – durchdrungen von wirtschaftlichen und politischen Zwecken, auf deren Gestaltung die Leute selbst kaum noch Einfluss haben. Obendrein ist sie höchst gefährlich. Denn mit der Propagierung einer Eigenverantwortung, der jeder „emotionale Anker“, wie Richard Sennett formulierte, abhanden gekommen ist, wächst das Risiko zu scheitern. Und zu denen, die scheitern, zählen alle, für die es keinen Platz zu geben scheint, die Bewohner der Armutsiedlungen am Rande der Metropolen

Im Zuge des wachsenden Booms an traumatherapeutischen Hilfsangeboten insbesondere ab Mitte der 1990er Jahre (Stichwort Jugoslawienkriege, Ruanda) verlor sich das Bewusstsein über die Ambivalenz von privatem Leid und gesellschaftlichen Ursachen. An die Stelle eines subversiven Traumadiskurses, der auch die Schrecken der Un-

ebenso wie die gut ausgebildeten jungen Menschen in aller Welt, die keinen Job finden. Sie fallen raus und werden aus Sicht des Systems nutzlos.

Um die Angst vor dem Scheitern, die Angst vor Nutzlosigkeit abzuwehren, bleibt nur eine schier endlose Suche. Die Suche nach einer Identität, für die freilich keine festen Bezugspunkte mehr vorhanden sind; das permanente Bemühen um Anschluss an Umstände, die so schnelllebig sind, dass sie kaum noch Planung zu-



tsbildes und seiner Therapien

menschlichkeit und den Protest gegen diese formulierte, trat ein pragmatischer Schnell-Helfen-Diskurs. Jetzt ging es darum, möglichst schnell vor Ort zu sein, um sich als Experte den Traumatisierten anzubieten, die lediglich als Opfer wahrgenommen wurden, die sich nicht selbst helfen können. Welches Ausmaß dieser unkontrollierte Markt annehmen kann,

lassen. Was aus dieser hoch flüchtigen Suche resultiert, ist das, was Christoph Türcke ein „flackerndes Bewusstsein“ genannt hat: ein Bewusstsein, dessen innerstes Gesetz die Unruhe ist. Und solche Unruhe ist hochgradig systemkonform. Auf perfekte Weise korrespondiert diese innere Getriebenheit mit der Allgegenwart eines Marktes, dessen hochflüchtige Bilderwelt zugleich eine permanente Bewegung erfordert. Mit Blick auf diese rastlose Suche, die eigentlich nie zum Ziel kommt, verwundert es nicht, dass sich Erschöpfung breit macht. Das unternehmerische Selbst mündet in einem „erschöpften Selbst“: in Depression.

Was hat das alles mit den Lebensrealitäten der Menschen im globalen Süden zu tun? Eine ganze Menge, denn mit der globalen Entfesselung des Kapitalismus sind die Vorgaben der Marktwirtschaft bis in die letzten Winkel der Erde vorgedrungen. Auch in den postkolonialen Gesellschaften nimmt das Unbehagen als Folge der Kolonisierung der Lebenswelt zu. Daran haben auch fehlgeleitete entwicklungspolitische Konzepte Anteil, die – zur Bekämpfung der Armut – auf sogenannte

zeigte sich nach dem Tsunami 2005. Eine Studie des amerikanischen Autors Ethan Watters untersuchte, auf welche Weise eine zweite Tsunamiwelle von Traumaexperten die betroffenen Regionen überschwemmte, die er als die größte internationale psychologische Intervention aller Zeiten bezeichnete. Schon zwei Wochen nach dem Unglück schrieb ein WHO-Beobachter irritiert, dass Hunderte von Therapeuten vor Ort seien, die nichts taten und nur im Weg waren, weil sie die Sprache nicht verstanden und nicht wussten, was sie tun sollten. Trotzdem schien es, als ob jeder, der irgendetwas mit Trauma zu tun hat, vor Ort sein wollte und überall wurden Zahlen publiziert.

Fortsetzung auf Seite 30 >

„Entrepreneurship“-Modelle gesetzt haben, eben auf das unternehmerische Selbst. Statt z.B. genossenschaftliche Gemeinwesen zu fördern oder den Aufbau von steuerfinanzierten sozialen Sicherungssystemen voranzutreiben, drehten sich in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten auffallend viele Hilfsprogramme um die Frage, wie die Einzelnen z.B. via Mikrokrediten für den Wettbewerb unter und gegeneinander fit gemacht werden. Nicht die Stärkung öffentlicher Gesundheitssysteme, sondern deren Privatisierung war das Ziel, wobei die von den Patienten abverlangten Eigenleistungen, sogenannte user fees, jährlich 100 Mio. Menschen in Armut und Verzweiflung trieben. Der Verlust an sozialer Sicherheit, aber hat auch in den Ländern des Südens psychische Leiden rapide ansteigen lassen. Laut WHO soll die Depression, die derzeit bereits die dritthäufigste Krankheit darstelle, im Jahr 2020 die häufigste sein.

Bei der Beschreibung des Elends der Welt aber ist Vorsicht geboten. Denn auf bemerkenswerte Weise haben wir es nicht nur mit einer Zunahme an psychischem Leiden zu tun, sondern auch mit einer In-

Mindestens 15% – manche sprachen gar von 50-90% – der Überlebenden würden posttraumatische Störungen entwickeln. Darunter war auch die Pharmafirma Pfizer, die sofort ein Symposium über psychosoziale Hilfe organisierte, auf dem sie ihr neues Antidepressivum Zoloft anpries, das schon nach wenigen Wochen Wut und ‚emotionalen Aufruhr‘ beseitigen würde. Mit der „Volksarmee“ von Traumatherapeuten kamen auch die Forscher, wie z.B. Neuropsychologen der Konstanzer Universität, die 3 Wochen nach dem Unglück eine Studie über posttraumatische Störungen (PTSD) bei Kindern („zwischen 14 und 39%“) präsentierten, obwohl selbst das

„DSM Manual“ erst von PTSD spricht, wenn Symptome länger als 4 Wochen anhalten.

All diese Studien und Interventionen waren vollkommen abgetrennt von lokalen Narrativen über die Bedeutung und Auswirkungen des Tsunami sowie deren Suche nach Bewältigungsformen. Der Medizinanthropologe Arthur Kleinman meint dazu: „So nehmen wir ihnen ihre eigenen kulturellen Narrative und stülpen unsere über. Das ist ein schreckliches Beispiel für die Dehumanisierung der Menschen.“ ■

Usche Merk ist verantwortlich für die psychosoziale Arbeit bei medico international

flation psychopathologischer Diagnosen, die das Elend am Individuum festmachen. In der Zunahme von Diagnosen wie Depression, ADHS, Posttraumatisches Belastungssyndrom (PTSD) kommt nicht nur das wachsende Unbehagen in der Globalisierung zum Ausdruck, sondern auch eine höchst bedenkliche Individualisierung von gesellschaftlichen Missständen. Statt gesellschaftliche Erlebens- und Verhaltensformen zu pathologisieren, gilt es die Kolonisierung der Lebenswelt zurückzudrängen und das Eigensinnige der Menschen selbst zu verteidigen. Das Unbehagen in der Globalisierung verlangt so vor allem politische Antworten, zu denen auch die Klärung dessen zählt, was angemessene

Formen psychosozialer Hilfe für diejenigen sind, die an den Verhältnissen erkranken.

Seit bald 30 Jahren zählt das Bemühen um eine solche psychosoziale Unterstützung zu den Schwerpunkten der Arbeit von medico. Hilfen, die nicht in der Zwangsjacke diagnostischer Kategorien daherkommen, sondern eingebunden sind in ein umfassendes Konzept sozialen Handelns, das auf die Schaffung menschenwürdiger Lebensumstände drängt. Übergreifendes Ziel ist die Förderung von Eigenständigkeit und Solidarität, die Schaffung einer anderen, einer solidarischen Welt, in der das Unbehagen in der

Globalisierung auf ein Minimum reduziert ist. In unserem Engagement sind wir mit Sigmund Freud davon überzeugt, „dass eine Kultur, welche eine so große Zahl von Teilnehmern unbefriedigt lässt und zur Auflehnung treibt, weder Aussicht hat, sich dauernd zu erhalten, noch es verdient.“ ■

Zustiftungen gesucht!

Wenn Sie sich vorstellen können, die Arbeit von medico durch eine Zustiftung oder eine Testamentsspende zu unterstützen, informieren wir Sie gern unverbindlich. Einfach Stiftungs- und/oder Testamentsbroschüre anfordern bei Gudrun Kortas, Tel. 069/944 38-28 oder kortas@medico.de.

www.stiftung-medico.de

Biomedizin und strukturelle Gewalt

Wie sich das ökonomisierte Menschenbild in einem Krankheitsverständnis spiegelt

Von Ariane Brensell

Das Besondere und das Positive an der Diagnose „Trauma“ ist, dass sie die Ursache benennt: eine von außen zugefügte, zumeist gewalttätige Erschütterung. Dennoch verschwinden diese gesellschaftlichen Dimensionen von Traumata immer wieder aus dem Blick. Das liegt unter anderem daran, dass die Ursachen nur in Form einer psychiatrischen Diagnose benannt sind, das Gewicht liegt auf der Krankheit, auf den Symptomen. Es bleibt damit etwas vorrangig individuell zu bearbeitendes.

In der psychosozialen Arbeit ist es wichtig, sich über einen Trauma-Begriff zu verständigen, der die damit verbundenen Ausblendungen thematisiert. Trauma muss als Prozess betrachtet werden. Trauma ist nicht nur ein singuläres Ereignis. Von entscheidender Bedeutung ist die Frage, wie die Umgebung, die Institutionen, die Gesellschaft danach reagiert. Das spiegelt die Arbeit unserer Beratungsstelle für vergewaltigte Frauen wider. Für die Frauen und die seelischen Folgen, die das Trauma haben könnte, sind folgende Fragen entscheidend: Was passiert nach einer Vergewaltigung? Wie empfangen mich die Angehörigen, die Polizei, der Arzt? Was ist mit dem Job-Center, was mit



der Hartz-IV-Behörde? Was ist, wenn ich umziehen muss, weil der Täter meine Wohnung kennt? Schon dieses Beispiel zeigt: Trauma als Prozess zu betrachten, bedeutet neben dem individuellen Leiden die Gesellschaft selbst in den Blick zu nehmen.

Ein solcher Zugang zu einem Trauma hat es jedoch derzeit schwer. Wir haben beim Berliner Krisen- und Beratungszentrum für vergewaltigte Frauen und Verein gegen sexuelle Gewalt (LARA e.V.) darüber nachgedacht, wie sich die Bedingungen für einen solchen erweiterten Traumbegriff verändert haben. Unser Eindruck war, dass es immer schwerer wird Frauen zu unterstützen ihren eigenen Weg aus einem Trauma zu finden. Was waren die Indizien: Frauen blieben länger in der Beratung, sie kamen öfter wieder, das Angebot reichte hinten und vorne nicht mehr aus, wir als Beraterinnen fühlten uns überlastet und frustriert.

Ökonomisiertes „Funktionieren“

Zunächst fiel uns die Ökonomisierung der Lebenswelten auf. Damit einher geht ein Menschenbild, das das Gewicht auf das „Funktionieren“ legt und neue Zumutungen bereit hält. Es schürt Ängste um die Existenz, vor den möglichen Repressionen, etwa durch die Job-Center, oder vor Arbeitsplatzverlust bei längerer Abwesenheit. Diese Entwicklungen halten für alle und insbesondere für traumatisierte Menschen eine Vielzahl von neuen potentiellen Problemen bereit. Es bedeutet erneute Ohnmachtserfahrungen, Unsicherheiten und damit: Schmerzpunkte.

Wir haben andere Anlaufstellen, Wissenschaftlerinnen, Journalistinnen gebeten zu skizzieren, wie sie die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und Widersprüche für die Arbeit gegen strukturelle Gewalt erleben: Was sind die Folgen der gesellschaftlichen Reformen und Veränderungen für den Alltag und die Handlungsmöglichkeiten?

Hier ein paar Beispiele für die Antworten, die wir auf unsere Suche erhalten haben. Martina Hävernich von Wildwasser Berlin berichtete, dass Frauen in der Beratung heute länger als früher bleiben. Meist sei die individuelle Krise noch verbunden mit Arbeitslosigkeit, Hartz-IV-Bezug oder Problemen im Job. Esra Erdem berichtete von den Schwierigkeiten der Migrantinnen, die sich aufgrund der neuen Zuwanderungsgesetze nur schwer aus einer Gewaltbeziehung lösen könnten, weil sie kein Anrecht auf Hartz-IV-Bezug haben, sondern dann ausgewiesen würden. Birgit Sauer von der Universität Wien verwies uns auf Studien aus den USA und Kanada, die gezeigt haben, dass der Abbau sozialstaatlicher Sicherheit Menschen auch verwund- und verletzbarer für Ge-

walt macht. Und nicht zuletzt weisen die aktuellen Forschungen der beiden Epidemiologen Kate Pickett und Wilkinson („Gleichheit ist Glück“, 2010) nach, dass psychosoziale Probleme und Gewalt in dem Maße zunehmen, in dem die Einkommensungleichheit wächst.

Das Zusammenspiel von neo-liberalen Gesellschaftsanpassungen und deren individuellen Auswirkungen auf die Lebensrealität ist STRUKTURELLE Gewalt. Menschen werden Lebenschancen vorenthalten, Abhängigkeiten werden größer und naheliegender: Heirat ist für Frauen wieder ein Modell zur Existenzsicherung geworden; durch steigende Anforderungen an das Überleben entstehen neue Gewaltformen .

Neues Krankheitsverständnis

Das „neue Menschenbild“, der homo oeconomicus, passt hervorragend zu einem neuen biomedizinischen, neurobiologischen oder bio-psychosozialen Krankheitsverständnis; das Motto lautet: „Das Gehirn trainieren, um sich selbst besser regulieren zu können“ (Vanessa Lux 2010). Im biomedizinischen Krankheitsbild dominieren Medikalisierung, Determination und Individualisierung.

Populär ist heute ein Konzept von Krankheit, das auf einem „bio-psychosozialen“ Verständnis beruht: das sogenannte „Vulnerabilitäts-Stress-Modell“. Oberflächlich betrachtet enthält es alle Dimensionen eines integrierten Menschenbildes, nur wird bei näherem Hinsehen die Gesellschaftlichkeit preisgegeben. Trauma und struk-



Foto: wired



turelle Gewalt werden auf Stress verkürzt; Trauma ist hier Stress von einem solchen Ausmaß, dass ihn die Einzelnen (hirnphysiologisch) nicht mehr bewältigen können. In der Kritischen Psychologie werden die Implikationen dieses Krankheitsverständnisses und Menschenbildes herausgearbeitet. Die Konjunktur der Neuropsychologie, so die Psychologin Vanessa Lux, lässt sich daran sehen, dass die Forschung boomt und die Presse deren Ergebnisse popularisiert: „Wie Schmetterlinge schwirren die bunten Bilder von aufgeschnittenen Gehirnen durch die mediale Landschaft“. Sie geben vor: Wir können die „Gefühle im Hirn sehen“. Dabei reduziert die Neuropsychologie das Psychische auf physiologisch funktionale Korrelate und sei die Forschung darauf angewiesen kurzfristige Zustandsänderungen zu messen. Entsprechend boomen auch Therapien, die diese schnellen und kurz-

fristigen Veränderungen herbeiführen können. Dass diese Therapieangebote in der internationalen Hilfe, wie Usche Merk hier berichtete, ebenfalls zum Zuge kommen, kann so nicht verwundern.

Dieses Krankheitsverständnis basiert auf mehreren Reduktionen im Menschen- und Gesellschaftsbild. Es reduziert die Psyche auf messbare Vorgänge, das subjektive Erleben auf Stress und gesellschaftliche Machtverhältnisse als Verursacher strukturelle Gewalt auf einen Vorgang individueller Stressbewältigung. Diese Reduktion dieser strukturellen Gewaltverhältnisse auf einen biologischen Stress-Vorgang, die Fokussierung auf ein Selbst-Management statt auf die Analyse der Bedingungen, unter denen Gewalt entsteht, sind die extrem problematischen Implikationen eines bio-psychozialen Krankheitsmodells. Das Anliegen einer umfassenden

gesellschaftlichen und zugleich individuellen Perspektive wird damit aufgegeben, der Schein der Ganzheitlichkeit bleibt jedoch gewahrt. Vielleicht ist diese Perspektive auch deshalb in der Sozialen Arbeit so populär. Die Konjunktur des Biomedizinischen in seinem aktuellen Ausdruck, dem sogenannten „Vulnerabilitäts-Stress-Modell“, erschwert eine psychosoziale Perspektive grundlegend, die die strukturelle Gewalt als zentrales Moment von Trauma erfasst.

Was tun?

Dazu vier Stichworte:

Parteilichkeit: Die Analyse der „gesellschaftlichen Schmerzpunkte“ gehört genauso zur Unterstützungsarbeit wie das Wissen um das Ausmaß des individuellen psychischen Leidens.

Menschenwürde: Die Ökonomisierung des Menschenbildes funktioniert nur auf Kosten der Menschenwürde. Für Menschen, die durch eine traumatische Erfahrung wesentlich verletzbarer sind, bleibt dies eine permanente Herausforderung, um die eigene Verwundung überhaupt bearbeiten zu können. Insoweit gilt es auch die verletzte Menschenwürde zu thematisieren.

Messguerilla: Die feministische Finanzexpertin Mascha Madörin hat eine Messguerilla vorgeschlagen. Wir brauchen sie gegen das Vermessen, Standardisieren, Pauschalisieren des Alltags. Denn dieses Vermessen ist eine Form der strukturellen Ohnmacht und der institutionellen Diskriminierungen, die zu skandalisieren sind und gegen die vorzugehen ist.

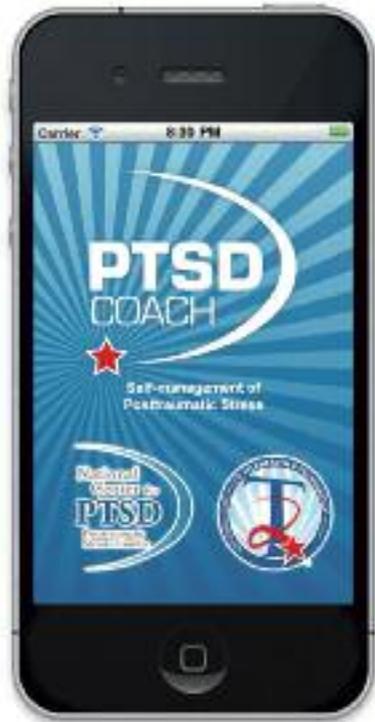


Foto: US-Department für Veteranen

Leitfaden gegen die Pathologisierung:

Die Deutung soziale Verhältnissen oder zwischenmenschlichen Beziehungen als krankhaft blendet aus, wie gewaltvoll und zerstörerisch diese Verhältnisse sind. Probleme werden vor allem in medizinischer Form gedacht und gesprochen. Wir haben keine eigene Sprache dafür. Daher brauchen wir eine Vernetzung, eine Zusammenarbeit, die für die psychischen Leiden wieder eine andere Sprache entwickelt. Die Erarbeitung eines Leitfadens zur Ent-Pathologisierung gesellschaftlicher Probleme und struktureller Gewalt ist für mich Teil einer Arbeit der Wiederaneignung und des Empowerments von Menschen, die vielfältige Formen Gewalt erfahren haben. ■

Ariane Brensell ist Psychologin und Politikwissenschaftlerin. Sie hat lange beim Verein Lara e.V. gegen sexuelle Gewalt gearbeitet und lehrt an der Hochschule Ludwigshafen

Sie haben überlebt

15 Jahre lang durchlebten die kurdischen Anfal-Witwen einen andauernden Ausnahmezustand. Ein Bericht über ihre Narrative und einen Neubeginn.

Von Karin Mlodoch

Ich möchte über die enge Wechselwirkung zwischen individueller Traumabearbeitung und gesellschaftlicher Aufarbeitung am Beispiel der kurdischen Anfal-Witwen berichten. Unter dem Codewort „Anfal“ zerstörte die irakische Armee 1988 Hunderte kurdischer Dörfer. Damals „verschwanden“ mehr als einhunderttausend Männer und junge Frauen. Bis heute ist das Schicksal der meisten von ihnen ungewiss. Alte Männer und Frauen mit Kindern wurden über Monate in Gefängnissen im Südirak inhaftiert, viele von ihnen starben dort.

Im Herbst 1988 wurden die Überlebenden amnestiert und in militärisch kontrollierte Umsiedlungslager angesiedelt. Das irakische Regime propagierte dies als Modernisierungsmaßnahme für die rückständige kurdische Landbevölkerung. D.h. die Opfer lebten bis 1991 unter direkter Kontrolle der Täter. Danach wurden in Kurdistan viele zerstörte Dörfer wieder aufgebaut, woran auch medico sehr aktiv beteiligt war. Aber viele Überlebende, insbesondere alleinstehende Frauen mit Kindern, verharrten in den Umsiedlungslagern und leben dort bis heute. In dem Lager, in dem ich arbeite, sind das fast 500 Frauen mit Kindern, die dort seither leben. Alle diese Frauen durchlebten ex-



treme und multiple Gewalterfahrungen. Ihre Erzählungen spiegeln bis heute Schock, Entsetzen, Schuld und Scham. In einem dieser Gefängnisse wurden die Körper der im Sand verscharrten toten Kinder nachts von wilden Hunden ausgegraben: „Unsere Kinder wurden von schwarzen Hunden gefressen“ – dieses Bild wurde zur kollektiven Metapher für die während Anfal erlittenen Grausamkeiten.

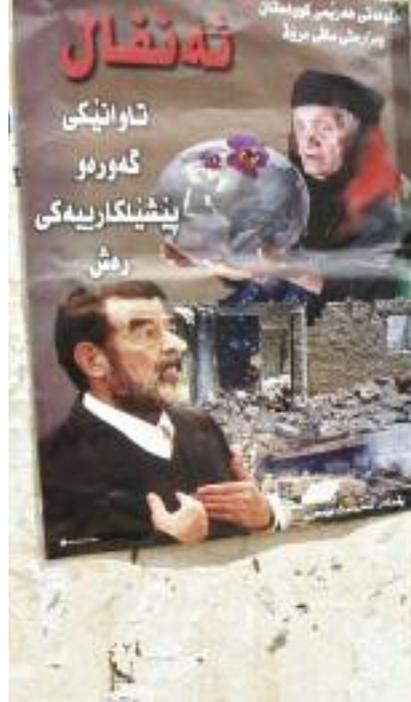
Leben in Ungewissheit

Nach Anfal lebten die Frauen 15 Jahre lang bis 2003 in Ungewissheit über den Verbleib ihrer Angehörigen, schwankten zwischen Verzweiflung und Hoffnung, erstart im Warten und unfähig Neues zu beginnen. Diese für Angehörige von „Verschwundenen“ typische permanente Stresssituation wurde durch die politische Instabilität verstärkt – jederzeit konnte sich die Gewalt wiederholen –, durch extreme

ökonomische Not in den 1990er Jahren und durch ein patriarchales traditionelles soziales Umfeld, das für alleinstehende Frauen ohne männlichen Versorger keinen Lebensentwurf vorsieht: Sie waren ohne Männer, aber keine Witwen. Sie mussten die Ehre ihrer verschwundenen Männer wahren, genossen aber nicht ihren Schutz. Arbeiteten sie als Tagelöhnerinnen oder Schmugglerinnen wurden sie von ihrem sozialen Umfeld der Prostitution verdächtigt. 15 Jahre durchlebten sie diesen fortwährenden Ausnahmezustand. Unterstützung seitens der kurdischen Parteien und Organisationen gab es nicht. Und wir, Hilfsorganisationen wie medico, waren ausgerichtet auf die „Hardware“: Lebensmittel, Infrastruktur und so weiter. Auch in unseren Ansätzen vor 20 Jahren war die psychosoziale Traumaarbeit noch keine Komponente.

Aber die Frauen haben überlebt. Sie haben ihre Kinder ohne männliche und gesellschaftliche Unterstützung groß gezogen. Ihre wichtigste Ressource waren ihr geteiltes Leid und ihre kollektiven Strukturen. Sie hatten starke informelle Netzwerke und haben sich gegenseitig vor sozialem Druck geschützt. Und sie haben im ständigen Austausch miteinander ein kollektives und auch protektives Anfal-Narrativ entwickelt, das ihnen half, sich gemeinsam mit ihrem Schmerz zu konfrontieren, ohne sich individuell mit den traumatischen Erfahrungen zu beschäftigen.

Mit dem Sturz des Baath-Regimes änderte sich ihre Situation radikal. Endlich



gab es physische Sicherheit vor dem Aggressor. Die Hauptverantwortlichen für die Massaker wurden verurteilt und hingerichtet. Die Hoffnung auf die Rückkehr der Verschwundenen flammte erneut auf, aber mit 300 im Irak gefundenen Massengräbern wurde auch gewiss, dass sie ermordet wurden. Bis heute wurde nur ein Bruchteil der Gräber geöffnet und viele Frauen sind ohne Nachricht über das Schicksal ihrer Angehörigen. Sie verlangen von der irakischen Regierung eine schnellere Öffnung der Massengräber; es ist dies die wichtigste Forderung, die sie haben.

Neue soziale Rollen

Nach 2003 hat sich die konkrete Lebenssituation der Frauen erheblich verbessert. Anfal-Überlebende erhielten Land und Häuser von der kurdischen Regierung, die Pensionen wurden erhöht. Kurdistan erlebt eine Phase ökonomischen Aufschwungs. Die inzwischen erwachsen gewordenen Kinder der Anfal-Frauen grün-

„Anfal ist ein großes Verbrechen mit einem schwarzen Ende“ – Eine Anfal-Angehörige betrachtet ein Plakat, das Saddam Hussein zeigt, der im Prozess jede Verantwortung abtritt. Kirkuk, 2006.



Foto: Reuters

den eigene Familien und haben selbst Kinder. Sie geben ihren Müttern neue soziale Rollen als Großmütter, als Schwiegermütter und ein lebendiges familiäres Umfeld. So rekonstruieren Anfal-Frauen heute ihre soziale Realität. Das Ende des Wartens und die ökonomische und soziale Stabilisierung haben eine unglaubliche Wirkung auf die psychische Situation der Frauen, ihre Erinnerungen und ihre Perspektiven auf die Anfal-Erfahrung. Selbst für mich, die ich einen kontextualisierten Trauma-Begriff vertrete, war sehr überraschend, wie stark die gesellschaftlichen Veränderungen die Frauen befähigt haben, sich endlich mit sich selbst zu beschäftigen und wie sie ihre Narrative und Erinnerung beeinflusst haben.

Zwar bestimmen die traumatischen Erinnerungen noch immer die Erzählung der Frauen. Viele von ihnen leiden unter starken psychoso-

matischen Symptomen und würden sicherlich mit jeder PTSD-Diagnose belegt werden. Allerdings definieren sie diese Symptome nie als traumatisch. Für sie sind das normale Reaktionen auf das Erlebte. Wie soll man keine Alpträume haben, wenn man drei Kinder in den eigenen Armen hat sterben sehen?

Aber während sie jahrelang wie eingeschlossen waren, sind ihre Erfahrungen nun wie eine Folie, von der aus sie ihren Bezug zu einer neuen Realität herstellen. Der Schwerpunkt verschiebt sich von den Verschwundenen auf die eigene Situation, von den Opfern auf die Überlebenden. Sie besinnen sich auf ihre Stärken, ihren Überlebensstolz, ihren Stolz darauf, ihre Kinder groß gezogen zu haben und auf ihren Beitrag zum kurdischen Widerstand. Sie drücken ihre Wut über die jahrelange Vernachlässigung durch die kurdischen Parteien aus und artikulieren heute ganz klar ihre Forderungen nach Gewissheit, Gerechtigkeit, Entschädigung, aber vor allem auch: der politischen und sozialen Anerkennung ihrer Erfahrung. ■

Karin Mlodoch ist Psychologin und arbeitet seit vielen Jahren als Vertreterin von Haukari e.V. unter anderem mit den Anfal-Witwen.

Projektstichwort

Seit über 20 Jahren beschäftigt sich medico mit der Frage, wie eine psychosoziale Unterstützung aussehen kann, die individuelles Leid in den Blick nimmt und den politischen, sozialen und kulturellen Kontext nicht vernachlässigt. In Zeiten struktureller Entmächtigung des Individuums ist das ein schwieriges Unterfangen. 2011 hat medico fast 30 Projekte im Rahmen der psychosozialen Arbeit unterstützt, darunter auch die Arbeit von Haukari im kurdischen Teil Iraks, die sich vor allen Dingen mit Gewalt gegen Frauen beschäftigt. Das Spendenstichwort lautet: **Salud Mental/Psychosoziales.**

Kein Geschäft mit dem Hunger!

medico beteiligt sich an Kampagne gegen Nahrungsmittelspekulation

Auf der Welt hungern fast eine Milliarde Menschen. Die Anzahl jener, die täglich gegen den Hungertod kämpfen, ist in den vergangenen Jahren dramatisch angestiegen – auch weil die Lebensmittelpreise explodiert sind. Schon der geringste Preisanstieg führt dazu, dass die Ärmsten sich keine Nahrungsmittel mehr leisten können. Banken und Versicherungen haben Rohstoffe wie Mais als profitable Anlagemöglichkeit entdeckt, weil immer mehr Mais als Treibstoff in unseren Autotanks landet.

Hierzulande zählen Deutsche Bank und Allianz zu den größten Gewinnern des Geschäfts mit dem Hunger.

In einer Kampagne von zivilgesellschaftlichen Organisationen fordert medico die Bundesregierung auf, sofort wirksame Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte durchzusetzen, Investmentfonds an den Agrarrohstoffmärkten zu verbieten und sich nicht weiterhin der unterlassenen Hilfeleistung im globalen Ausmaß schuldig zu machen. ■

Zivilgesellschaft wider die Gewalt

Zweite taz-medico-Reise nach Guatemala 9.-24.2.2013

Im Februar dieses Jahres fand die erste taz-Reise statt, deren Programm komplett von medico gestaltet wurde. Weil die Tour auf so starkes Interesse gestoßen ist, wird sie im Februar 2013 noch einmal unter der Reiseleitung von Dieter Müller, dem medico-Repräsentanten für Mittelamerika stattfinden.

Über die letzte Reise hat Charly Schweizer, einer der Teilnehmer im medico-Blog geschrieben: „Mit am tiefsten beeindruckt hat mich der Empfang im auch von A.C.C.S.S und medico betreuten Dorf 'Primavera del Ixcán'. Dies ist eine Maya-Gemeinschaft, die sich während der Militärdiktatur 12 Jahre im Dschungel

versteckte und nun seit rund 10 Jahren ein neues legales Dorf aufbaut. Da der Staat sie so gut wie gar nicht fördert, und der Gemeinschaft ihre früheren Kontakte zur Guerilla vorwirft, springen medico und A.C.C.S.S ein. Natürlich haben wir auch die Maya-Tempel (Ruinen) in Tikal im Regenwald von Nordguatemala/Petén besucht, sowie das Touristenzentrum rund um den von Vulkanen eingeschlossenen Atitlán-See.

Dort in Panajachel haben es die örtlichen Mächtigen bis heute nicht geschafft, das vor sieben Jahren durch ein Erdbeben zerstörte Klärwerk des Städtchens wieder aufzubauen.“ ■

Ausstellung einer Besetzung

Breaking the Silence – Israelische Soldaten berichten

Israelische Soldatinnen und Soldaten sind seit über vier Jahrzehnten in Hebron und anderen palästinensischen Städten allgegenwärtig. Nachts patrouillieren sie, setzen Ausgangssperren durch, dringen in Wohnhäuser ein. Nach dem Militärdienst schweigen viele der jungen Wehrpflichtigen über ihre Erfahrungen – darüber zu sprechen gilt in Israel als Tabubruch. Hier setzt Breaking the Silence an. Die israelischen Reservistinnen und Reservisten sprechen aus, was sie in den besetzten Gebieten erlebt und getan haben.

Die Ausstellung „Das Schweigen brechen“ wird von medico, dem Evangelischen Entwicklungsdienst, Misereor, der Stiftung Die Schwelle und dem Freundeskreis Willy-Brandt-Haus in Deutschland präsentiert. Sie zeigt private Fotografien von Soldatinnen und Soldaten aus dem Alltag der Besetzung. Videozeugnisse und Filme ergänzen den persönlichen Zugang zu den Bildern.

Die Ausstellung sorgte in Israel für Furore, denn sie benennt öffentlich die alltägliche Demütigung und die Missachtung der palästinensischen Bevölkerung. Sie zeigt aber auch die psychischen Beschädigungen jener, denen in jungen Jahren tagtäglich die Unterwerfung einer ganzen Bevölkerung anvertraut wurde. ■

Ausstellung im Willy-Brandt-Haus,
Wilhelmstraße 140 /
Stresemannstraße 28, Berlin-Kreuzberg



Foto: Breaking The Silence

„Sagt es uns, wenn ihr moralische Fragen habt.“
Ayal, ein ehemaliger Soldat des medico-Partners
Breaking the Silence, bei einer Tour in Hebron.

AUSSTELLUNGSTERMIN

Vom 14. bis 30. September 2012, Dienstag – Sonntag 12 bis 20 Uhr (montags geschlossen), Willy-Brandt-Haus, Berlin-Kreuzberg, Eintritt frei, Ausweis erforderlich. Während der Öffnungszeiten bieten israelische Aktivisten von Breaking the Silence durchgehend kostenfreie Führungen durch die Ausstellung

ERÖFFNUNG

Zur Eröffnung am 13. September um 19:30 Uhr sind Sie herzlich ins Willy-Brandt-Haus in Berlin eingeladen. Es sprechen unter anderem Dana Golan, Direktorin von Breaking the Silence, der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel und Thomas Gebauer (medico-Geschäftsführer).

BUCH

Parallel zur Ausstellung erscheint bei Econ das Buch „Breaking the Silence: Israelische Soldaten berichten von ihrem Einsatz in den besetzten Gebieten“, dessen Herstellung medico unterstützte.

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt.

Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundscreiben, die medico-Stichworte, die Minenzeitung aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit:

unter **www.medico.de** finden Sie über „Kontakt Service Presse/Publikationen & Material“ die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen.

Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. (069) 944 38-0 zur Verfügung.



NEU:
medico-Jahresbericht 2011

(36 S.) Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.



NEU:
Stichwort Gesundheit

(40 S. DIN A5) Das Sonderheft zur Weltgesundheit bleibt nicht bei der Beschreibung der Katastrophe stehen. medico zeigt Projekte der Abhilfe und beschreibt das Gesundheits-Netzwerk, in dem wir uns global und lokal bewegen.



Fluchtursache Reichtum
Migration und Rohstoffhandel in Afrika

(44 S.) Gold, Diamanten, Baumwolle und Fischbestände: In einigen Ländern Westafrikas zeigt sich, dass gerade der Reichtum an Rohstoffen die Migrationsbewegungen innerhalb Afrikas und nach Europa hervorruft.



Auf Rohstoffraub
Kampagnenmaterial zur EU-Rohstoffinitiative

Weltweit steigt die Nachfrage nach Rohstoffen. Die EU sichert sich den schrankenlosen Zugang. Verlierer sind die Länder des globalen Südens. Attac und medico fordern mit der Kampagne gegen Rohstoffraub eine radikale Abkehr von der auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik. Bestellen Sie Plakate, Flyer oder Aufkleber.

Ich bestelle:

Anzahl:

- _____ medico-Jahresbericht 2011
- _____ Broschüre: Fluchtursache Reichtum
- _____ medico-Stichwort: Gesundheit
- _____ Auf Rohstoffraub: Plakat DIN A2
- _____ Auf Rohstoffraub: Flyer (8 Seiten)
- _____ Broschüre: stiftung medico international
- _____ Broschüre zu Testament und Erbschaft
- _____ medico-Plakate Gesundheit DIN A1
- _____ medico-Stichwort: Pakistan
- _____ Plakat WHY? DIN A1
- _____ medico rundschreiben 04 | 11
- _____ medico rundschreiben 01 | 12

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

Meine Spendernummer: _____

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen
- dass einmalig für diese Bestellung eine Spende in Höhe von _____ € von meinem Bankkonto abgebucht wird.

Kontonummer: _____

Bank: _____

Bankleitzahl: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte senden an:

medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main

oder faxen an:
(069) 43 60 02



Broschüre stiftung medico international

(16 S.) Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.



Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

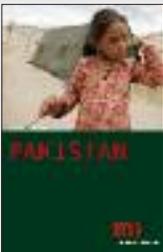
(24 S.) Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen inkl. weiterführende Adressen.



Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit (Plakate, DIN A1)

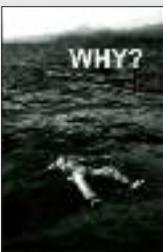
medico-Plakate für Gesundheitszentren, Arztpraxen oder andere öffentliche wie private Orte. Damit sie unversehrt bei Ihnen ankommen, verschicken wir sie in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €),

würden wir uns über eine Spende freuen. **Spendenstichwort: Gesundheit.**



Stichwort Pakistan

(16 S. DIN A5) Arbeitsalltag und Beispiele der medico-Projektarbeit in Pakistan, verbunden mit einer Kurzvorstellung von medico und seinem Konzept kritischer Nothilfe.



WHY? Jahr für Jahr sterben Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas

(DIN A1) Das Plakat können Sie kostenlos bei uns bestellen. Damit es unversehrt bei Ihnen ankommt, verschicken wir es in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende freuen. **Spendenstichwort: Migration.**

Spendeninformation

Adressänderung:

Bitte geben Sie bei Änderungen Ihrer Adresse auch Ihre alte Anschrift und/oder die Spendernummer an. So ermöglichen Sie es uns, Sie zu „finden“, und helfen zugleich mit, Verwaltungskosten zu sparen.

Einmalige Spende:

Für Spenden ab 50 € schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zu. Für alle Spenden unter diesem Betrag empfehlen wir Ihnen, Ihrem Finanzamt eine Kopie Ihres Kontoauszugs zusammen mit einem Abriss eines medico-Überweisungsformulars einzureichen. Auf der Rückseite des Abrisses befinden sich Informationen zum Freistellungsbescheid. Selbstverständlich stellen wir Ihnen auch für Spenden unter 50 € auf Anfrage eine Spendenbescheinigung aus. Wenn Sie mehr als einmal im Jahr spenden, schicken wir Ihnen keine Einzelquittung, sondern gerne zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Fördermitgliedschaft:

Die Fördermitgliedschaft bei medico sieht keine Projektbindung vor. Vielmehr unterstützen Sie damit unsere gesamte Projekt- und unsere unabhängige Öffentlichkeitsarbeit. Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen es uns, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen, aber auch flexibel zu reagieren, wenn akute Hilfe notwendig ist. Der jährliche Förderbeitrag liegt

bei mind. 120 €. Das wäre z.B. der relativ kleine Betrag von 10 € monatlich. Für Leute mit wenig Geld (Auszubildende, Erwerbslose, Studierende) beträgt der jährliche Förderbeitrag 60 €. Für alle regelmäßigen Spenden (Fördermitgliedsbeiträge, Einzugsermächtigungen und Daueraufträge) schicken wir Ihnen jeweils im Januar des darauffolgenden Jahres eine Sammelbestätigung zu, auf der alle Spenden des Jahres aufgeführt sind.

Spendenquittungstelefon:

Tel. (069) 944 38-11, Fax: (069) 944 38-15 oder E-Mail: info@medico.de

Bankverbindung:

medico international, Spendenkonto 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen! medico international ist gemeinnützig und Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

stiftung medico international:

Wenn Sie, statt einer Spende – die unmittelbar in die Projektförderung fließt – über eine Einlage in die stiftung medico international – deren Wirkung auf Dauer angelegt ist – nachdenken, dann senden wir Ihnen gerne weitere Informationen.

Sie können sich auch direkt an Gudrun Kortas wenden: Tel. (069) 944 38-28 oder per Email: kortas@medico.de

impresum

Herausgeber:
medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main

Tel. (069) 944 38-0
Fax (069) 43 60 02

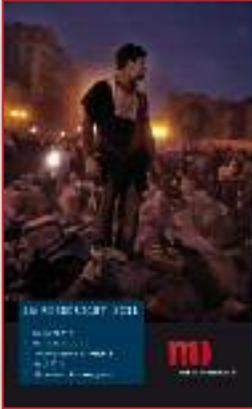
Spendenkonto: 1800
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01

E-Mail: info@medico.de
Internet: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Martin Glasenapp
Korrektorat: Marek Art
Gestaltung: Andrea Schuldt



Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf 100% Recyclingpapier gedruckt.



NEU:

JAHRESBERICHT 2011

Die gründliche medico-Gesamtschau

EXEMPLARISCHES:

- Naher Osten: Demokratie und Rebellion
- Indien, Simbabwe, El Salvador: Kämpfe um Recht auf Gesundheit
- Ostafrika: Hungerhilfe und Menschenrechtsadvocacy
- Guatemala: Gewalt und Rassismus
- Sri Lanka: Lobbyarbeit für die Opfer von Kriegsverbrechen

ÜBERSICHT:

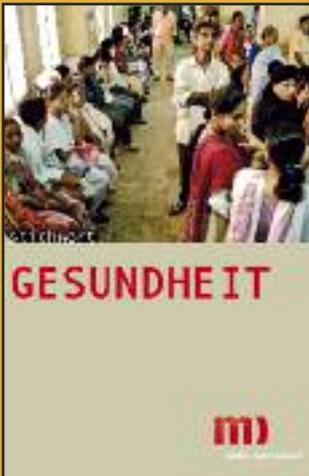
- medico vor Ort: Alle Partner und Projekte
- Transparenz: Finanzbericht inkl. Bilanz, Gewinne und Verluste
- stiftung medico international: Renaissance des öffentlichen Raums

(36 Seiten kostenlos). Ein Anruf oder eine E-Mail genügen.

Tel. (069) 944 38-0, info@medico.de

„ES GIBT KEINE
WISSENSCHAFT
DER GESUNDHEIT.
GESUNDHEIT IST
KEIN WISSENSCHAFT-
LICHER BEGRIFF,
SONDERN EIN
GEMEINBEGRIFF.
WAS NICHT HEISSEN
SOLL TRIVIAL,
SONDERN KOMMUN, FÜR
ALLE ZUGÄNLICH“.

(GEORGE CANGUILHEM)



NEU:
medico-Stichwort:
GESUNDHEIT

Das Sonderheft zur Weltgesundheit bleibt nicht bei der Beschreibung der Katastrophe stehen. medico zeigt Projekte der Abhilfe und beschreibt das Gesundheits-Netzwerk, in dem wir uns global und lokal bewegen.

Stadt • Land • Politik:

Pakistan, Indien, Simbabwe, El Salvador.

Global • Lokal • Vernetzt:

Globales Solidarprinzip, Peoples Health Movement.

Krise • Krieg • Gewalt:

Psychosoziale Folgen der Globalisierung,
Gesundheitsarbeit in palästinensischen Enklaven,
Basisgesundheit für Migrant_innen.

(40 S. DIN A5-Heft, kostenlos)



medico international